



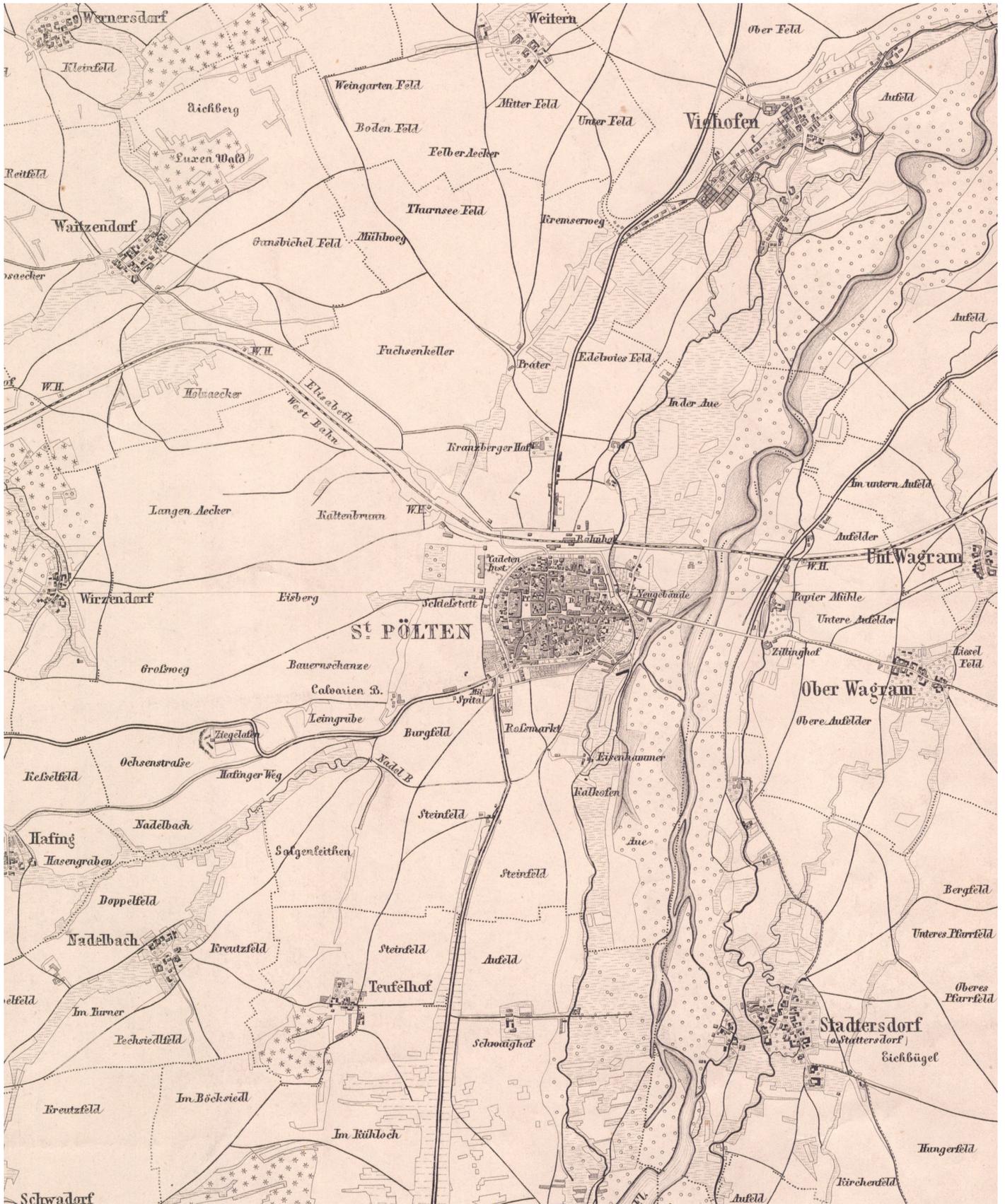
Martin Bauer

**Die Gründung des  
„Landwirtschaftlichen  
Vorschussvereins  
in St. Pölten“  
im wirtschafts- und  
sozialhistorischen Kontext**

St. Pölten 2018

Unveröffentlichter Projektbericht  
Auftraggeber: Raiffeisenbank Region St. Pölten

Herausgeber:  
Institut für Geschichte des ländlichen Raumes (IGLR)  
Kulturbezirk 4, 3109 St. Pölten, Österreich  
Telefon: +43-(0)2742-9005-12987  
Fax: +43-(0)2742-9005-16275  
E-Mail: [ulrich.schwarz@ruralhistory.at](mailto:ulrich.schwarz@ruralhistory.at)  
Website: [www.ruralhistory.at/](http://www.ruralhistory.at/)



Titelbild:  
Administrativkarte von Niederösterreich, Sektion St. Pölten (Ausschnitt)

# **Die Gründung des „Landwirtschaftlichen Vorschussvereins in St. Pölten“ im wirtschafts- und sozialhistorischen Kontext**

## **Einleitung**

Anlässlich des 150-jährigen Gründungsjubiläums des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins in St. Pölten und des 200-jährigen Geburtstages von Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) gab die Raiffeisenbank Region St. Pölten in Person von Dir. Karl Kendler beim Institut für Geschichte des ländlichen Raumes eine Studie in Auftrag, die die Gründungsgeschichte des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins in St. Pölten behandeln sollte. Diese 1868 gegründete Kreditgenossenschaft bildete den Kern der heutigen Raiffeisenbank Region St. Pölten. Anfänglich basierte sie jedoch noch nicht auf dem System Raiffeisen, sondern auf dem System Schulze-Delitzsch. Und der Verein entstand bereits zwanzig Jahre vor der (staatlich initiierten) Gründungswelle der Raiffeisenbanken. Franz Hermann Schulze (\*1808 in Delitzsch, † 1883 in Potsdam), der zweite deutsche Genossenschaftspionier, würde heuer seinen 210. Geburtstag feiern.

Der vorliegende Projektbericht fasst diese Gründungsgeschichte weit: Im ersten Kapitel werden die Entwicklung der Agrarwirtschaft im niederösterreichischen Zentralraum in der Mitte des 19. Jahrhunderts und die Rolle St. Pöltens als wirtschaftliches Zentrum dargestellt. Es wird der Frage nachgegangen, wie die Lage der bäuerlichen Produzenten zwischen Grundentlastung und „Agrarkrise“ der 1870er und 1880er Jahre war. Das zweite Kapitel widmet sich der Entwicklung des landwirtschaftlichen Kreditwesens in Niederösterreich und den Gründen für die Bildung von genossenschaftlich organisierten Kreditinstituten im 19. Jahrhundert. Es werden dabei die unterschiedlichen Genossenschaftsmodelle vorgestellt und nachvollzogen, warum sich letztlich das System Raiffeisen durchsetzte. Das letzte Kapitel zeichnet die Entstehung und Entwicklung des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins in St. Pölten und seine Stellung innerhalb des Kreditwesens in Niederösterreich im 19. Jahrhundert nach. Es wird ein Blick auf die Statuten und die Organisation des Vereins sowie auf die gesellschaftliche Stellung der wichtigsten Akteure in der Gründungsphase geworfen. Schließlich wird untersucht, wie sich die Verdichtung und Ausdifferenzierung des Kreditwesens in der Region St. Pölten auf diese Pionierinstitution auswirkte.

Neben zeitgenössischer Fachliteratur werden als Quellen auch zeitgenössischen Zeitungen und Zeitschriften herangezogen, die vor allem im digitalen Zeitungs- und Zeitschriftenlesesaal der Österreichischen Nationalbibliothek (ANNO) eingesehen wurden. Als Primärquellen dienen Bestände des Niederösterreichischen Landesarchivs, besonders die Vereinsakten.

# Die Entwicklung der Agrarwirtschaft in der Region St. Pölten im 19. Jahrhundert

## Das landwirtschaftliche Produktionssystem im Alpenvorland<sup>1</sup>

Die Region um St. Pölten wies – im vor- bzw. frühindustriellen Maßstab – einen weitgehend ländlich-agrarischen Charakter auf. Um St. Pölten waren rund zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche dem Anbau von Feldfrüchten gewidmet, der durch nicht unbedeutende Wiesenflächen ergänzt wurde. Gegen Nordosten nahm die Ackerfläche zu und das Grünland ab. Hier hielt sich auch der Weinbau, der um Herzogenburg und vor allem bei Mautern eine recht intensive Form annahm. Das Gebiet stellt naturräumlich die Übergangszone zwischen dem atlantisch geprägten westlichen Alpenvorland bzw. dem voralpinen Bereich und dem pannonisch geprägten nordöstlichen Flachland dar. Waldflächen und Grünland nahmen in den voralpinen Gebieten (Gerichtsbezirk Kirchberg/Pielach) deutlich zu.

Im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert wurden die Gemeindeweiden zum großen Teil (je nach Bodengüte) in Äcker und Wiesen umgewandelt. In vielen Gemeinden erhielt man jedoch einen gemeinschaftlichen Weideplatz oder Viehstand, auch weil ein Stier auf Gemeindekosten gehalten wurde, durch den die Belegung der Kühe auf der Weide erfolgte.<sup>2</sup> Auch Flussregulierungen fanden bereits früh statt: 1816 bis 1822 wurde der Fladnitzbach, der sich in vielen Krümmungen von Großhain Richtung Paudorf bewegte, reguliert. Man gab ihm ein breiteres, tieferes Bachbett, wohin zur Entwässerung der anliegenden Gründe Abzugsgräben geleitet wurden. 1.100 Joch Grünland wurden dadurch trockengelegt, „entsäuert“ und in fruchtbares Acker- und Wiesenland umgewandelt.<sup>3</sup>

Die Anbauverhältnisse sind durch die Dominanz des Getreidebaus geprägt, doch fanden im 18. und 19. Jahrhundert verschiedene Futterpflanzen (Rotklee, Luzerne, Esparsette, Wicke) und Hackfrüchte (Kartoffeln, Halmrüben) Verbreitung, die zu einer Weiterentwicklung der klassischen Dreifelderwirtschaft führten. Im Alpenvorland baute man bereits im frühen 19. Jahrhundert auf dem Brachfeld, dem dritten Teil der „Feldmark“, auf dem nach den Regeln der Dreifelderwirtschaft reine Brache gehalten wurde, verschiedene Hackfrüchte (z.B. Kartoffeln), am häufigsten – etwa auf der Hälfte des Brachfeldes – jedoch Rotklee an. Der Kleebau breitete sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert von Oberösterreich nach Niederösterreich aus, wobei sich das Alpenvorland im frühen 19. Jahrhundert zu einer Hochburg des Kleebaus in Niederösterreich entwickelte. Die Kleesamen wurden auf das mit Gerste oder Hafer bereits bestellte Feld gesät. Nach der Ernte der „geringen Frucht“, wie das

---

<sup>1</sup> Für dieses Kapitel dient als Basis: Martin Bauer, Agrarstatistik und regionale Agrarsysteme in Niederösterreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Rural History Working Paper 11), St. Pölten 2012, <http://www.ruralhistory.at/de/publikationen/rhwp/rhwp-11>; Ders., Agrarsysteme in Niederösterreich im frühen 19. Jahrhundert. Eine Analyse auf Basis der Schätzungsoperare des Franziszeischen Katasters (Rural History Working Paper 20), St. Pölten 2014, <http://www.ruralhistory.at/de/publikationen/rhwp/RHWP20.pdf>.

<sup>2</sup> Coloman Wiest, Beschreibung des landwirthschaftlichen Zustandes vom St. Pöltner Bezirke, in Verhandlungen der k.k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien 4/1, Wien 1826, 83–124, hier 90, 104 f.; Joseph von Schreibers, Darstellung der Gründung und Entwicklung der k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien als Fest-Album bei Gelegenheit der fünfzigjährigen Jubiläumsfeier der Gesellschaft, Wien 1857, 213 f.

<sup>3</sup> Wiest, Beschreibung des landwirthschaftlichen Zustandes, 90 f.

Sommergetreide hieß, bestreute man den Klee mit Gips, der aus der Region um Annaberg importiert wurde. Im Folgejahr kam der Klee zum vollen Ertrag, er wurde zweimal gemäht, teils grün verfüttert, teils zu Heu gemacht. Nach der Grummetkleeernte wurde der Boden gestürzt, gedüngt und im Herbst mit Roggen oder meist mit Weizen bestellt.<sup>4</sup>

Der Kleebau mit seinen günstigen Erträgen bildete neben dem in weiterer Folge zunehmenden Kartoffel- und Futterrübenbau die Grundlage für die ausgedehnte Viehwirtschaft und die ganzjährige Stallfütterung. Diese Feldfrüchte spielten eine zentrale Rolle bei der Bebauung der Brachäcker und damit beim Übergang zur sogenannten Verbesserten Dreifelderwirtschaft. Als Ergebnis dieser Entwicklung war die Brache bis zum Ende des Jahrhunderts weitgehend verschwunden. In Ungunstgebieten – wie dem Dunkelsteinerwald und den alpinen Gebieten – hielt sich die Dreifelderwirtschaft mit Schwarzbrache länger, obwohl auch hier langsam die Brache reduziert wurde.

Neben den nach der Dreifelderwirtschaft bewirtschafteten „Feldern“ gab es bei den meisten Wirtschaften noch kleine, tief gepflügte und gut gedüngte Äcker, wo Kraut, Kartoffeln, Kohl- und Runkelrüben, Hanf oder Flachs für den Hausbedarf gebaut wurden.<sup>5</sup>

Zwar besaß fast jedes Haus einen Obstgarten, wo Zwetschken-, Kirschen-, Birn- und Apfelbäume gezogen wurden, doch war der Obstbau primär für den Eigenbedarf. Auch die Erzeugung von Obstmost war im Vergleich zum westlichen Alpenvorland, wo der Most einen wesentlichen Teil der bäuerlichen Einkünfte lieferte, unbedeutend. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bemühte sich der landwirtschaftliche Bezirksverein in St. Pölten um die Förderung des Obstbaus: Straßen und Wegränder wurden mit Obstbäumen bepflanzt, den Schulen wurden Edelreiser und Wildlinge für den Schulgarten zur Verfügung gestellt. Die Mostbereitung sollte auch um St. Pölten größere Bedeutung erlangen: 1910 wurde in Watzelsdorf bei Neidling die zweite Landes-Musterobstmosterei eingerichtet, wo die Theorie und Praxis der Mosterzeugung und -behandlung gelehrt wurde. Neben der Rolle als Geldquelle wurde von den Zeitgenossen betont, dass der Obstmost als guter Hastrunk die landwirtschaftlichen Dienstboten bei Laune halte, die Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördere und nicht zuletzt der „Landflucht“ vorbeuge.<sup>6</sup>

Der Gemüsebau existierte im 19. Jahrhundert noch nicht als spezialisierter Produktionszweig. Er hatte nur in St. Pölten und in seiner unmittelbaren Umgebung sowie in den herrschaftlichen Küchengärten größere Bedeutung. Die Bauern hingegen bauten das Gemüse für den Hausbedarf auf dem Feld oder in den Krautgärten.<sup>7</sup>

In den Gebirgsregionen (Kirchberg) nahm die Waldwirtschaft naturgemäß eine bedeutende Rolle ein. Neben dem Holzbezug waren für die Bauern die Waldstreu und die Waldweide wegen Stroh- und Futtermangel wichtig. In ausgedehnten Waldgebieten gab es für Bauern Verdienstmöglichkeiten durch die Holzverarbeitung, Holzkohlenerzeugung, das Holzfuhrwerk und den Handel mit Holzwaren (Brenn-, Bau-, Werkholz, Weinstecken und Schindeln). Ebenso erforderten Waldarbeit und Holztransport viele Arbeitskräfte wie zum Beispiel Holzfäller oder Schwemmarbeiter.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 101 f.

<sup>5</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 97, 102.

<sup>6</sup> Gedenkschrift aus Anlaß des 60jährigen Bestandes des k.k. landw. Bezirksvereines in St. Pölten 1853–1913, St. Pölten o.J., 48–52; Josef Buchinger, Die Entwicklung der Landwirtschaft im Gerichtsbezirke St. Pölten, [St. Pölten 1936], 25 f.

<sup>7</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 118 f.

<sup>8</sup> Schreibers, Landwirtschafts-Gesellschaft, 222.

Die Viehdichte war in der Region St. Pölten dank des ausgeprägten Futterbaus auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Waldviertel und im westlichen Alpenvorland. Die Schwerpunkte lagen auf Kuh- und Schweinehaltung. Durch gezielte Nachzucht entstand um St. Pölten bereits im frühen 19. Jahrhundert ein ansehnlicher Rinderschlag, der durch die Ergänzung des Zuchtviehbestandes aus dem steirisch-niederösterreichischen Grenzgebiet der Mürztaler Rinderrasse zuzuordnen war. Verantwortlich dafür war die gezielte Auswahl von geeigneten Stieren und von Kalbinnen der schönsten und besten Melkkühe zur Nachzucht.<sup>9</sup> Im Flachland kamen die Kälber jedoch oft unters Schlachtmesser, da wegen des Weidenmangels für die Aufzucht ungünstige Bedingungen herrschten. Zum Teil verkaufte man sie samt den Muttertieren an die „Milchleute“ in Wien. In den voralpinen Regionen dagegen wurde wesentlich mehr Jungvieh gezogen und ein lebhafter Viehhandel nach St. Pölten und Wien betrieben.<sup>10</sup>

Die hohe Bedeutung der Kuhhaltung verweist auf die verstärkte Konzentration auf Milchwirtschaft in den verkehrsgünstig gelegenen Gebieten um Wien, die durch die 1858 in Betrieb gegangene Westbahn gefördert wurde. Auch St. Pölten und andere Städte waren Absatzmärkte für Milchprodukte. P. Coloman Wiest; Kapitular des Stifts Göttweig, betonte bereits 1823, dass der Milchvorrat in der Umgebung von St. Pölten mit hohem Ertrag verkauft werden könne. Die weiter davon entfernt liegenden Betriebe müssten ihre Milch zu Butter schlagen und zu Schmalz versieden. Die abgerahmte saure Milch sowie der Topfen würden vom Gesinde verspeist.<sup>11</sup>

Entsprechend der Orientierung auf Milchwirtschaft war man bemüht, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Zuchtvieh aus westösterreichischen bzw. westalpinen Gebieten zu importieren, deren Rinderrassen wie Fleckvieh, „Graubraunes Gebirgsvieh“ und Pinzgauer als Melkvieh guten Ruf genossen. Während in den Bezirken Kirchberg, Lilienfeld, Hainfeld und noch in voralpinen Gebieten des Bezirks St. Pölten weiterhin die Mürztaler bzw. Murbodner dominierten, fand man im Flachland deshalb eine ausgesprochene Vielfalt an Rinderrassen und viele Kreuzungen.<sup>12</sup>

Um St. Pölten wurden Pferde und Ochsen im gleichen Ausmaß als Zugtiere verwendet; gegen Nordosten nahm die Bedeutung des Pferdes als Zugtier gegenüber dem Ochsen deutlich zu. Im Gebirge wie auch im Dunkelsteinerwald dominierten die Rinderhaltung mit Kälberaufzucht und damit der Ochse als Zugtier. Die Pferdezucht erlangte um St. Pölten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts große Bedeutung. 1870 wurde vom landwirtschaftlichen Bezirksverein in St. Pölten eine Pferdebeschälstation errichtet, wo während der Deckperiode mehrere „Staatshengste“ zur Verfügung gestellt wurden. Diese „ärarische“ (staatliche) Beschälstation wurde um 1890 aufgehoben und die Hengste in Privatpflege gegeben. Vor allem Noriker (oder auch Pinzgauer genannt), eine kräftige und ausdauernde kaltblütige Pferderasse, erfuhren im Alpenvorland eine besondere Förderung, die in der 1908 gegründeten Pferdezuchtgenossenschaft St. Pölten gipfelte.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 108.

<sup>10</sup> Schreibers, Landwirtschafts-Gesellschaft, 213–215.

<sup>11</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 109.

<sup>12</sup> Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 21 f.

<sup>13</sup> Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 21 f., 58 f.; Cultur-Atlas von Nieder-Oesterreich nach den neuen statistischen Erhebungen. Hrsg. k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien, Wien 1873, Karte 19; Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 20.

Als Viehhaltungsform dominierte im Alpenvorland bereits im frühen 19. Jahrhundert die ganzjährige Stallfütterung, Sommerweidehaltung war dagegen noch in den alpinen Gebieten und im Dunkelsteinerwald anzutreffen. Die Bauern ließen hier das Vieh von eigens angestellten Hirten auf die Gemeindeweiden treiben und darüber hinaus die Ackerränder, Wiesen und auch Wälder abweiden. Das tagsüber in Einsatz befindliche Zugvieh mussten die Kinder oder andere junge Leute abends – und selbst zur Nachtzeit – weiden. Coloman Wiest schilderte in seiner 1823 verfassten Regionalbeschreibung, wie die Stallfütterung konkret praktiziert wurde: Es gab morgens, mittags und abends Hauptmahlzeiten, wo auch gemolken wurde. Im Winter fütterte man das Vieh bei jeder Hauptmahlzeit mit einem Gemenge aus Stroh und Heu, zudem mit zerschnittenen Kartoffeln, Burgunderrüben, Kohlstängeln und etwas Salz abgebrühtem Heu. Im Sommer reichte man Gras und frischen Klee. Zweimal am Tag wurde das Vieh im Hof zur Tränke gelassen, währenddessen der Stall ausgemistet und mit frischer Streu versehen wurde.<sup>14</sup>

Die Schafhaltung erlebte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Boom. Viele dominikale Wirtschaften verfügten über eigene Schafhöfe mit großen Herden von Merinoschafen. Durch die Intensivierung des Ackerbaus wurde den Schafen jedoch das Weideland entzogen, sodass sich die Schafhaltung im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend in klimatisch ungünstig gelegene Randgebiete zurückzog, wo aber nur eine Landrasse gezogen wurde, die Fleisch und grobe Schafwolle für den Eigenbedarf lieferte.

Schweinehaltung war im Alpenvorland besonders ausgeprägt. In größeren Wirtschaften wurden bis zu 30 Schweine gehalten. Wo mehrere Schweine gehalten wurden, sorgte man selbst für Nachzucht; wer nur einzelne Tiere hielt, kaufte sie als Spanferkel bei größeren Wirtschaften oder erwachsen von Händlern oder von ungarischen Schweinetreibern. Zum Teil wurden die Schweine auf die Weide getrieben, größtenteils aber im Stall gehalten und täglich durch mehrere Stunden in den Schweinehof oder auf die Düngerstätte ins Freie gelassen.<sup>15</sup>

Die Schweinehaltung gewann im 19. Jahrhundert gegenüber der Rinderzucht deutlich an Bedeutung, nahm doch der Konsum des günstigeren Schweinefleisches vor allem in den Städten deutlich zu. Die Schweinezucht konnte sich gerade um St. Pölten gut entwickeln. Durch das Verbot des Hausierhandels mit galizischen und ungarischen Schweinen wurde die Einführung hochwertiger Schweinerassen erleichtert. So bezweckte der 1905 gegründete Westfälischer Schweinezuchtverein St. Pölten durch die Einfuhr von Zuchtschweinen aus Westfalen die Veredelung der Zuchtschweine.<sup>16</sup>

Im Raum St. Pölten war die Betriebsstruktur mittelbetrieblich geprägt, wobei sie in den Weinbaugebieten kleinteiliger wurde, während in den Gebirgsregionen durch die Extensivflächen (Wald, Weiden) die Betriebsgrößen zunahmen. Die „Rustikalisten“ besaßen im frühen 19. Jahrhundert kaum über 30 Joch Ackerland, während die Dominien 100 bis 150 Joch Äcker selbst bewirtschafteten und die übrigen Nutzflächen verpachteten.<sup>17</sup> Die ehemaligen Grundherrschaften gingen im Laufe des 19. Jahrhunderts jedoch zunehmend dazu über, ihre Gründe zu verpachten.

---

<sup>14</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 108 f.

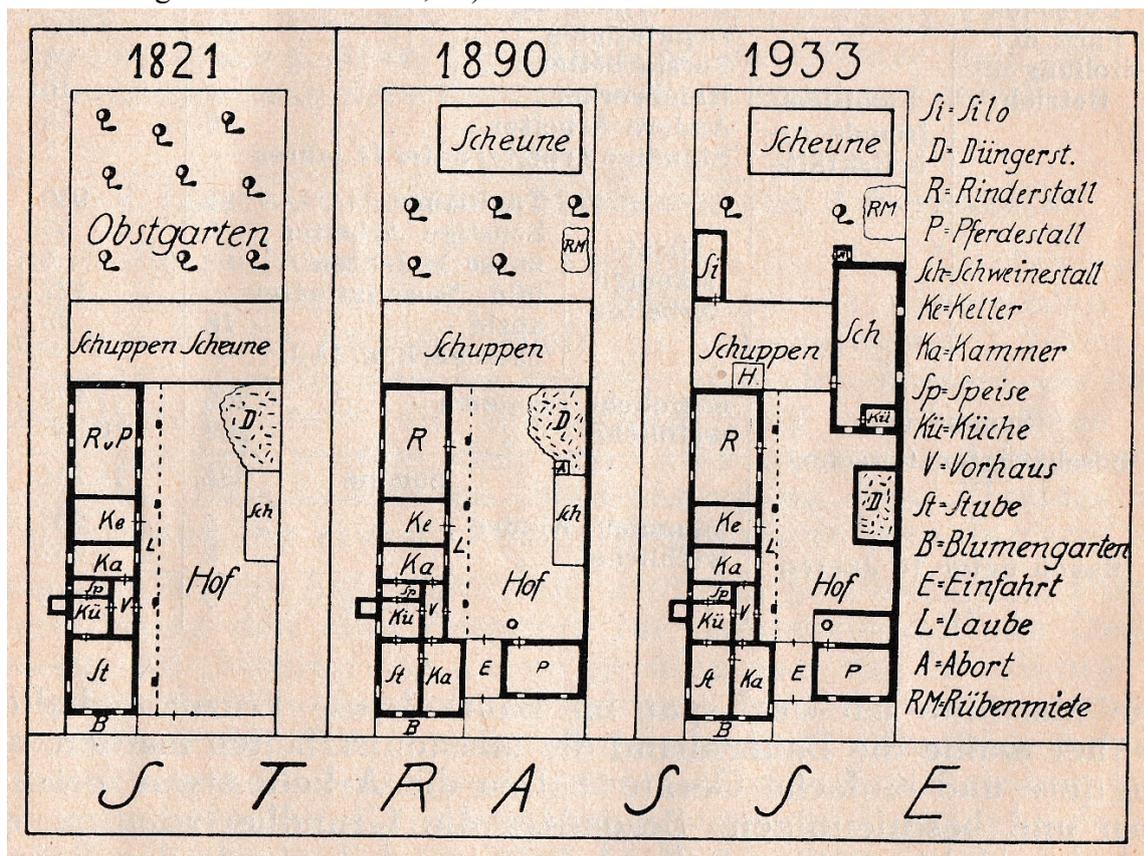
<sup>15</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 110.

<sup>16</sup> Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 52; Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 21 f.

<sup>17</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 122.

Das landwirtschaftliche Produktionssystem im Alpenvorland des 19. Jahrhunderts könnte man mit „Acker-Futterbauwirtschaft mit bedeutender Kuh- und Schweinehaltung, verbesserter Dreifelderwirtschaft und ganzjähriger Stallfütterung“ kurz charakterisieren. Aufgrund der naturräumlichen Voraussetzungen, der Lage an der Hauptverkehrsachse im Alpenvorland, der zunehmenden Bedeutung St. Pöltns als Wirtschaftsstandort und der Nachfrage der angrenzenden alpinen Eisenverarbeitungsgebiete nach Getreide und anderen Lebensmitteln lassen sich die Voraussetzungen der Agrarregion um St. Pöltn als günstig einzustufen. Laut Coloman Wiest herrschte hier um 1820 ein „bedeutender Wohlstand“, der sich etwa in geräumigen und „zweckmäßigen“ Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und „besserer“ Kleidung äußerte. Die „Waldbewohner“ könnten dagegen die wenigen Überschüsse aufgrund der schwierigen Verkehrsverhältnisse schwer absetzen, weshalb sie ihre Wälder als wichtigste Einkommensquelle stark ausbeuteten. Hier würden enge Häuser und verwahrloste Wirtschaftsgebäude vorherrschen. Der sittliche Charakter unterscheidet sich dementsprechend: Die Bewohner des Getreide- und Weinbodens wären „rechtlicher, fleißiger, ordentlicher“, der Waldbewohner „verschlossener, träger, unreinlicher“.<sup>18</sup>

Abb. 1: Die Entwicklung des Bauernhauses Ober-Ratzersdorf N. 12 (Quelle: Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 28)



Ausdruck des Wandels in der Landwirtschaft ist die bauliche Entwicklung von Haus und Hof. Abgesehen von der Zunahme der landwirtschaftlichen Geräte erhöhte sich der Raumbedarf in den Schuppen durch die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Bauernhöfen auftauchenden ersten größeren Maschinen, vor allem die Dreschmaschinen. Mit der Steigerung der

<sup>18</sup> Wiest, Beschreibung des landwirtschaftlichen Zustandes, 123 f.

Ernteerträge wurden auch die Scheunen erweitert. Die vermehrte Futterernte und die Einführung der ganzjährigen Stallfütterung hatten eine Vergrößerung des Viehbestands und damit der Stallungen zur Folge. Gleichzeitig wurde an die Wohn- wie auch an die Wirtschaftsbauten höhere Anforderungen gestellt: So ersetzte die Küche mit Sparherd zunehmend die Rauchküchen, anstatt Stroh- und Schindeldächer traten Ziegeldächer, die Tramdecken in den Ställen wichen oftmals Gewölben.<sup>19</sup>

## St. Pölten als (land-)wirtschaftliches Zentrum

Die Stadt St. Pölten hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hinsichtlich der Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung eine stagnative Phase erlebt. Der Vorort des Viertels ober dem Wienerwald hatte 1851 342 Häuser mit 4.418 Einwohnern, fast zwanzig Jahre später, 1869, mit 379 nur unwesentlich mehr Wohngebäude, aber mit 7.779 aufgrund der gewerblich-industriellen Entwicklung deutlich mehr Einwohner.<sup>20</sup> Industrielle Gründungen waren eher in den Vororten der Stadt zu finden. Die Wasserkraft der Mühlbäche, die die Traisen an beiden Ufern begleiteten und aus alten Traisenarmen entstanden, bildete den Hauptenergieträger für Gewerbe und Industrie. Hier setzte bereits im 18. Jahrhundert – neben dem alten Bestand an Mahl-, Säge-, Papiermühlen, Hammerwerken etc. – die Industrialisierung ein. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen die gewerblich-industrielle sowie die Bevölkerungsentwicklung an Dynamik zu, wobei sich das Siedlungsgebiet weiterhin auf das Kerngebiet innerhalb der (nach 1848 geschliffenen) Stadtbefestigung beschränkte. St. Pölten konnte die Stellung als Verkehrsknotenpunkt auch im Eisenbahnzeitalter beibehalten: Im Dezember 1858 wurde der Bahnbetrieb der Kaiserin Elisabeth-Bahn (Westbahn) aufgenommen, in den 1880er und 1890er Jahre folgte der Bau der Nebenlinien (1877 St. Pölten – Leobersdorf; 1885 St. Pölten – Tulln; 1898 Mariazellerbahn bis Kirchberg). Erst um 1900 expandierte das Stadtgebiet über den mittelalterlichen Kern hinaus, wobei nun große Industriebetriebe wie die Papierfabrik Salzer, die Maschinenfabrik Voith, die Erste Österreichische Glanzstoff-Fabrik AG und die Hauptwerkstätte der Staatsbahnen entstanden. Um 1900 zählte die Stadt 698 Häuser mit 14.553 Bewohnern.<sup>21</sup>

Die Nahrungsmittelindustrie, die für die landwirtschaftlichen Produzenten der Umgebung als Abnehmer dienen hätte können, spielte bei der Industrialisierung eine untergeordnete Rolle: Zu erwähnen sind zwei Bräuhaus, die im ausgehenden 19. Jahrhundert über einen Handwerksbetrieb hinauswachsen. Der Pottenbrunner Gutsherr Karl Pirko errichtete 1882 ein neues Brauereigebäude, das sein Sohn Franz 1897 um 195.000 Kronen verkaufte. In Pottenbrunn wurde außerdem in den 1890er Jahren in der von Franz List gepachteten Hofmühle eine Molkerei eingerichtet, die St. Pölten mit Schlagobers, Butter und Käse belieferte. In Wagram wurde seit den 1880er Jahren in einem kleinen Betrieb, der später nach

---

<sup>19</sup> Josef Buchinger, Geschichte der Häuser und Familien in den Gerichtsbezirken St. Pölten, Herzogenburg und Kirchberg a.d.P., Wien [1934], 52–78

<sup>20</sup> Kurt Klein, Historisches Ortslexikon. Statistische Dokumentation zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte. Niederösterreich, Teil 1 (Stand 30.6.2012), S. 14, <http://www.oeaw.ac.at/vid/research/histortslexikon.shtml>.

<sup>21</sup> Elfriede Klee/Rudolf Büttner, St. Pölten als Industriestandort (Wiener Geographische Schriften, Bd. 8), Wien 1959, 15, 17–27; vgl. Rudolf Büttner, St. Pölten als Standort industrieller und großgewerblicher Produktion seit 1850 (Veröffentlichungen des Kulturamtes der Stadt St. Pölten, Bd. 5), St. Pölten 1972, 6–29, 31–34.

Viehofen übersiedelte, Rollgerste erzeugt.<sup>22</sup> Abgesehen von diesen größeren Betrieben gab es natürlich noch das traditionelle Handwerk mit vielfältigen Wechselbeziehungen zur Landwirtschaft: z.B. Müller, Bäcker, Fleischhauer als Nahrungsgewerbe oder Schmied, Wagner, Binder als Produzenten landwirtschaftlicher Geräte.

St. Pölten war für den umliegenden Agrarraum also ein wachsendes Absatzgebiet. Dazu reichte der traditionelle Einzugsbereich der hier stattfindenden Märkte weit in das alpine Gebiet hinein. Hier fand ein bedeutender Handel mit Getreide, Vieh und „Viktualien“ (Lebensmittel) statt. Die Händler wohnten nicht nur in der Stadt selbst, sondern auch in Vororten wie Pottenbrunn und Ratzersdorf waren Holz-, Getreide-, später auch Milchhändler ansässig.<sup>23</sup>

Während das östliche Alpenvorland (Tullnerfeld, Raum Neulengbach) in hohem Maß auf den Absatzmarkt Wien ausgerichtet war, stellte St. Pölten das wichtigste Marktzentrum im zentralen Alpenvorland dar. Die Wochenmärkte wurden an Donnerstagen hauptsächlich für Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte aller Art abgehalten, während die Jahrmärkte für handwerkliche Erzeugnisse reserviert blieben. Der Wochenmarkt fand seit Ende des 18. Jahrhunderts (nach Aufhebung des städtischen Friedhofs 1779) am Domplatz statt. Der „Körnermarkt“, wie der Wochenmarkt auch genannt wurde, zählte zu den wichtigsten in Niederösterreich, weil hier die Bewohner der Gebirgsregionen von Wilhelmsburg bis Gußwerk bei Mariazell ihren Körnerbedarf deckten. Ähnlich wie in Waidhofen/Ybbs und Scheibbs machte die Versorgung der Montangebiete den Markt überregional bedeutsam. Für die Bauern der Umgebung bedeutete das eine günstige Absatzmöglichkeit.<sup>24</sup> Jedoch nahm die Bedeutung der Getreidemärkte durch den Eisenbahnbau ab, da die Zulieferung von Getreide auf der Achse abkam. Als Haupt-Einzugsgebiet wird um 1855 die Region zwischen Mank und Tulln genannt. Insgesamt betrug zu dieser Zeit die Zufuhr etwa 100.000 Metzen Getreide, die etwa zur Hälfte für die Versorgung der Stadt und ihrer Umgebung dienten, die andere Hälfte wurde vor allem in alpine Gebiete exportiert.<sup>25</sup>

Der Tägliche Markt, wo vor allem Fragner Lebensmittel und sonstige tägliche Bedarfsartikel anboten, fand auf dem Herrenplatz statt. Auch Viehmärkte hatten in St. Pölten Tradition. Seit 1862 wurden zwei Großviehmärkte im Jahr und jeden Donnerstag ein wöchentlicher Viehmarkt abgehalten. In einem Artikel eines Mitglieds des landwirtschaftlichen Bezirksvereins im *St. Pöltner Boten* vom 19. März 1868 wird zwischen den Stallwirtschaften im Flachland und den „Weidegang-Viehzuchten“ im gebirgigen Teil des Bezirks unterschieden. Im Gebirge, wo die Voraussetzungen für die Jungviehzucht aufgrund des Weidegangs wesentlich besser wären, sollten die Wirtschaften danach trachten, durch Geldvorschüsse des neugegründeten landwirtschaftlichen Vorschussvereins ihren Viehbestand zu vermehren. Es wird die mögliche Bedeutung der Viehmärkte in St. Pölten als Absatzmarkt für das Jungvieh und die galten Kühe und gleichzeitig für den Ankauf von „billigeren, jüngeren oder edleren“ Tieren betont. „Auch ist zu beachten, daß für den Verkauf guter, 4 Wochen alter Kälber mit weniger Geldaufgabe der gleichzeitige Ankauf von

---

<sup>22</sup> Büttner, St. Pölten als Standort, 10, 24 f.

<sup>23</sup> Statistische Uebersicht der wichtigsten Productionszweige in Oesterreich unter der Enns, hrsg. Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer, Wien 1855, 314 f.

<sup>24</sup> Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), FrzKat Operate, K 597, St. Pölten, Katastralschätzungselaborat § 7.

<sup>25</sup> Statistische Uebersicht der wichtigsten Productionszweige, 194–196.

steirischen Kalben an Viehmärkten geschehen kann“. Jedoch fordert der Autor eine Reform der St. Pöltner Viehmärkte, da sie offenbar nicht den geschilderten Bedürfnissen der Landwirte entsprachen.<sup>26</sup> 1912 wurde die Großviehmarkthalle in der Klostergasse eröffnet und hier der Markt abgehalten. Die Beschickung erfolgte durch hiesige und auswärtige Viehhändler und Landwirte mit Rindern und Pferden. Der wöchentliche Schweinemarkt fand um 1850 noch am Herrenplatz, später am Domplatz statt. 1897 wurde er in die Klostergasse verlegt.<sup>27</sup>

## Der landwirtschaftliche Bezirksverein in St. Pölten als Initiator landwirtschaftlicher Reformen

Nach westeuropäischem Vorbild entstanden auch in der Habsburgermonarchie ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Vereinigungen des adeligen Großgrundbesitzes, die sich dem landwirtschaftlichen Versuchs-, Publikations- und Unterrichtswesen widmeten. Die wichtigste davon war die 1807 gegründete und in Niederösterreich wirkende k. k.

Landwirtschaftsgesellschaft in Wien. Der elitäre Verein machte sich die „Vervollkommnung der vaterländischen Landwirthschaft“ zur Aufgabe. Zu den ersten Mitgliedern gehörten neben Großgrundbesitzern auch Fachleute, Wissenschaftler, hohe Beamte und Industrielle. Die politisch-herrschaftliche Zäsur des Jahres 1848 bewirkte eine Statutenänderung, die die Ausweitung des Mitgliederkreises bezweckte. Nach diesen 1850 beschlossenen Statuten wurde die Gesellschaft in einen Zentralverein und in landwirtschaftliche Bezirksvereine gegliedert, die das Recht hatten, einen Abgeordneten mit Sitz und Stimme in die Zentralversammlungen zu entsenden. Von 1850 bis 1855 wurden – besonders im östlichen Niederösterreichs – 35 landwirtschaftliche Bezirksvereine gebildet, bis 1873 waren es bereits 53, 1900 gab es in 61 Gerichtsbezirksorten einen Verein.<sup>28</sup>

Der 1853 gegründete landwirtschaftliche Bezirksverein St. Pölten umfasste – analog zur Landwirtschaftsgesellschaft in Wien<sup>29</sup> – die Agrarelite des Bezirks. Der Vereinsbezirk deckte sich mit dem Gerichtsbezirk St. Pölten. Er zählte 1857 98 Mitglieder und 1869 233. Nach dem Höhepunkt um 1870 ging der Mitgliederstand jedoch rasant auf 58 im Jahr 1880 zurück. 1913 hatte er nur elf Ehrenmitglieder und 43 unterstützende Mitglieder. Neben Gutsbesitzern, „Landwirten“ und „Wirtschaftsbesitzern“ fanden auch Gewerbetreibende, Industrielle, Gutsbeamte, Lehrer und Priester Eingang in den Verein. Die politische und ökonomische Macht der Vereinsmitglieder äußerte sich auch darin, dass ihre Beratungen im Sitzungssaal des St. Pöltner Rathauses abgehalten wurden. Während der Bezirksverein an Mitgliedern

---

<sup>26</sup> St. Pöltner Bote, 19.3.1868, 2 f.

<sup>27</sup> Die Stadt St. Pölten. Hrsg. Stadtgemeinde St. Pölten/Erwin Stein (Die Städte Deutschösterreichs, Bd. 3), Berlin 1928, 229–235.

<sup>28</sup> Schreibers, Landwirtschafts-Gesellschaft, 100–103, 331–336; Cultur-Atlas von Nieder-Oesterreich, Karte 23; Stephan Richter, Das landwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen, in: Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft und ihrer Industrien 1848–1898, Supplementband 1. Hälfte, Wien 1901, 509–653, hier 544–546.

<sup>29</sup> Richter, Das landwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen, 551: „Dieselbe zählte mit Schluss des Jahres 1900 Allerhöchste und höchste Mitglieder 6, Ehrenmitglieder 5, wirkliche Mitglieder 386, correspondierende Mitglieder 139, in Summa 536 Mitglieder. [...] ferner standen im Verbände der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft in Wien 61 Bezirksvereine mit 7694 Mitgliedern und 786 Casinos mit 44.307 Mitgliedern. Die der Gesellschaft angegliederten übrigen Vereine zählen in Summe 10.000 Mitglieder.“

verlor, nahm jedoch die Zahl der vom Bezirksverein seit den 1870er Jahren gegründeten landwirtschaftlichen Kasinos zu. Die dem Bezirksverein angeschlossenen Kasinos und Vereine hatten 1913 insgesamt 1.759 Mitglieder, womit auch kleinere Landwirte organisatorisch erfasst wurden. Die ersten Kasinos entstanden 1876 und 1877 in Ober-Grafendorf und Pyhra-Wald, die meisten Gründungen erfolgten aber erst seit den 1890er Jahren. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs existierte fast in jeder Gemeinde ein landwirtschaftliches Kasino. Durch den gemeinsamen Bezug von Saatgut, Handelsdünger, Obstbäumen etc. und der genossenschaftlichen Benützung von Geräten und Maschinen (Kleesämaschinen, Trieure, Dreschmaschinen etc.) waren sie die Vorläufer der Lagerhausgenossenschaften, die seit 1898 entstanden.<sup>30</sup>

Der Bezirksverein war bis in die Zwischenkriegszeit ein wichtiger Vertreter agrarischer bzw. bäuerlicher Interessen, auch wenn die Landwirtschaftsgesellschaft und ihre Bezirksvereine zunehmend von anderen Institutionen abgelöst wurden. Auf vielfältige Art und Weise bemühte sich der Bezirksverein darum die Landwirtschaft zu fördern. Einrichtungen, die vom Bezirksverein initiiert wurden, sind unter anderem der landwirtschaftliche Vorschussverein in St. Pölten (1868), die Molkereigenossenschaft Ober-Grafendorf (1906), die landwirtschaftliche Dienstbotenvermittlungsstelle (1910) und die landwirtschaftliche Viehverwertungsstelle (1912), die den Viehhaltern bei der direkten Verwertung von Zucht-, Nutz- und Schlachtvieh beistand und auch Vieh zum Verkauf übernahm, ohne selbst als Käufer oder Verkäufer aufzutreten. Zu den Bildungsinitiativen des Bezirksvereines gehörten Vieh- und andere Ausstellungen, die Einrichtung einer (wenig benutzten) Bücherei, Kurse, Anbauversuche und Vorträge von Fachleuten und Wanderlehrern, die das ländliche Publikum auch über landwirtschaftliche Vereine, Genossenschaften, Spar- und Kreditvereine aufklärten.<sup>31</sup>

Als Gründer des landwirtschaftlichen Bezirksvereins St. Pölten gilt Pfarrer Karl Wolfgang von Pottenbrunn (\*1809 Amstetten, † 1872 Pottenbrunn), der 1853 – wahrscheinlich auf Anregung des Zentralausschusses der Landwirtschaftsgesellschaft – die Organisation des Vereines übernahm, zum ersten Präsidenten des Vereins gewählt wurde und diese Funktion bis 1859 bekleidete.<sup>32</sup> Auch die Gründung des landwirtschaftlichen Vorschussvereines nach dem Vorbild der von Hermann Schulze-Delitzsch gegründeten genossenschaftlichen Selbsthilfvereine erfolgte auf Antrag von Pfarrer Wolfgang Karl.<sup>33</sup>

Zum ersten Vorstand des landwirtschaftlichen Vorschussvereines wurde der Gutsbesitzer von Pottenbrunn Karl Pirko gewählt, der ebenfalls im Bezirksverein engagiert war. Karl Pirko (1822–1893) war seit 1861 Besitzer des Gutes Pottenbrunn, das er durch den Bau einer Kunstmühle und einer Dampfbrauerei zu einem Musterbetrieb ausbaute. Pirko bekleidete die Obmannschaft des Vorschussvereins von der Gründung 1868 bis 1880. Parallel dazu, von 1872 bis 1878, war er auch Präsident des Bezirksvereins.<sup>34</sup>

---

<sup>30</sup> Schreibers, Landwirthschafts-Gesellschaft, 332; Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 9 f.; Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 6, 14 f.

<sup>31</sup> Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 20–27, 41–76; Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 3–12.

<sup>32</sup> Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 20 f.; Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 5.

<sup>33</sup> Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 13.

<sup>34</sup> Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 21; Biographisches Handbuch des NÖ Landtages 1861–1921, [http://www.landtag-noe.at/images/personen\\_ausschuesse/1861-1921.pdf](http://www.landtag-noe.at/images/personen_ausschuesse/1861-1921.pdf). – Sohn Franz (von) Pirko war 1888–1899 ebenfalls Präsident des Bezirksvereins, außerdem ab 1895 Vizepräsident der k.k.

## Kommerzialisierung, Kreditbedarf, Steuerdruck

Die Grundentlastung, Industrialisierung, Urbanisierung und Verkehrsrevolution (Eisenbahnbau) förderten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kommerzialisierung und die Verflechtung mit vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen. Durch die steigende Nachfrage der wachsenden Städte und der nicht-agrarischen Bevölkerung nach Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen wurde die Agrarwirtschaft stärker in einen zunehmend integrierten staatlichen Wirtschaftsraum eingebunden. Dadurch hatte sie Anreiz zur Produktions- und Produktivitätssteigerung und Investitionen in Betriebsmitteln (z.B. Stallungen, Dungstätten, Arbeitsgeräte, Vieh, Handelsdünger etc.) zu tätigen. Die Anziehungskraft des gewerblich-industriellen Sektors für Arbeitskräfte aus dem Agrarsektor ließ die Lohnkosten für Dienstboten und Tagelöhner steigen und förderte gleichzeitig arbeitssparende Techniken. Die Belieferung der wachsenden Städte erforderte jedoch im Vergleich zur direkten Belieferung in der vorindustriellen Zeit (etwa bei täglichen Märkten oder Wochenmärkten) eine andere Organisation: Es bildete sich ein spezialisierter Landproduktenhandel heraus, der die Bauern in eine defensive Marktrolle drängte. Dies führte in den 1890er Jahren zum Streben nach Absatz- und Bezugsgenossenschaften.

Genauso wie vor allem klein- und mittelbäuerliche Wirtschaften im Bereich der Vermarktung von regionalen Landesproduktenhändlern abhängig war, lief die Kreditbeschaffung vor allem über private Geldverleiher. Die Aufhebung der Wuchergesetze 1868 verschlechterte jedoch die Bedingungen, unter denen Kredite aufgenommen werden konnten. Die wachsende Verschuldung führte schließlich zu Bestrebungen, den Kapitalbedarf der bäuerlichen Betriebe durch neue gemeinnützige Kreditinstitute zu decken.

Nicht nur durch die stärkere Marktwirtschaft wurde die Geldwirtschaft forciert: Das staatliche Steuersystem, die steigenden finanziellen Anforderungen des Landes und der Gemeinden, das – nach der Neuregelung der bäuerlichen Erbfolgebestimmungen und der Aufhebung des Bestiftungszwangs 1868 – für die Hofübernehmer kostspieligere „Hinauszahlen“ der „weichenden“ Erben, die Gebühren für den Immobilienverkehr und die Verlassenschaftsverfahren steigerten ebenso den Bargeldbedarf. Außerdem musste noch lange nach 1848 die Grundentlastungsschuld getilgt werden, wobei letztlich auch der staatliche Anteil an der Grundentlastung über Grundsteuererhöhungen an die Steuerzahler abgewälzt wurde. Ein Artikel in der *Wiener Landwirtschaftlichen Zeitung* von 1868 widmete sich dem Steuerdruck und der Zinsenbelastung: Eine 20 Joch große Wirtschaft im Marchfeld mit Haus, Vieh und Geräten mit einem durchschnittlichen Wert von 5.000 Gulden habe demnach bei einer hypothekarischen Belastung von 2.000 Gulden jährlich Folgendes zu zahlen: 60 Gulden Grund-, Haus- und Klassensteuer, 120 Gulden für 6 Prozent Hypothekarzinsen, 10 Gulden Hypothekensteuer, 22 Gulden (geplante) Vermögensteuer. Die Gesamtbelastung betrüge daher 212 Gulden oder 10,6 Gulden pro Joch.<sup>35</sup>

Da der im 19. Jahrhundert stark steigende Verkehrswert, der jedoch meist weit über dem Ertragswert (der tatsächlich jährlich erwirtschafteten Rente) lag, als Basis der

---

Landwirtschaftsgesellschaft: Ebd.; Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 8 (Lfg. 36, 1979), 94, [http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1\\_P/Pirko\\_Franz\\_1853\\_1919.xml](http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_P/Pirko_Franz_1853_1919.xml).

<sup>35</sup> Wolfgang Werner, Zur Vorgeschichte der österreichischen Raiffeisenbewegung (Forschungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgeschichte, Bd. 2), Frankfurt/M. 1993, 11–14; Die Vermögenssteuer und die Landwirtschaft, in: Wiener Landwirtschaftliche Zeitung, 22.5.1868, 189 f., hier 189.

Einschuldungsfähigkeit herangezogen wurde, Zinsenzahlung und Rückzahlung aber vom Ertrag zu leisten war, konnte eine – vielfach schon aus Erbteilungen und Grundkäufen herrührende – Verschuldung oft den wirtschaftlichen Ruin bedeuten. Zudem wurde auch bei geringen Kredithöhen, die aus den Erträgen des Betriebs binnen kurzer Zeit zu decken waren, allzu häufig ein Hypothekarkredit in Anspruch genommen, der infolge Intabulierungskosten teuer war und das Anwesen dauerhaft belastete.<sup>36</sup>

Auf Seiten der Einkünfte mussten aber die Bauern in den getreideproduzierenden Gebieten durch das Sinken der Getreidepreise in den 1880er Jahren durch die Konkurrenz großer außereuropäischer Anbaugeländer Verluste hinnehmen, die die „Agrarkrise“ mitverursachte und die Verschuldung verschärfte. Von zeitgenössischen Beobachtern wurde im Zusammenhang mit den krisenhaften Erscheinungen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts oft der Handel beschuldigt, die Preise zu diktieren und die Gewinne einzustreifen – und immer wieder ist von der „wucherischen Ausbeutung der Bauern“ und den „Güterschlächtern“ die Rede.<sup>37</sup>

## Hypothekarische Belastung und Zwangsversteigerungen

Nach einer Schätzung von 1866 betrug die hypothekarische Belastung der landwirtschaftlichen Güter Niederösterreichs 1864 ca. 142 Millionen Gulden ÖW, davon entfielen auf die „Rustikal-Realitäten“ ca. 122 Millionen. Diese Schätzung stützt sich auf eine Erhebung des Justizministeriums von 1857/58, demnach die hypothekarische Belastung des ländlichen Besitzes in Niederösterreich 138 Mio. Gulden ÖW betrug, davon rund 19 Millionen auf landtäflichen Gütern.<sup>38</sup>

Die Belastung des Realitätenbesitzes mit Hypothekarschulden betrug laut einer weiteren Erhebung von 1881 am Ende dieses Jahres 581 Millionen Gulden ÖW, wovon auf landtäfliche Güter 31,360.090 Gulden entfielen. Ein erheblicher Teil (ca. die Hälfte?) der Hypothekarschulden bezog sich jedoch auf städtische und gewerblich-industrielle Realitäten. Auch wenn diesen Erhebungen methodische Mängel anhaften, kann angenommen werden, dass die hypothekarische Belastung des bäuerlichen Besitzes deutlich stieg. In

---

<sup>36</sup> Denkschrift der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt aus Anlass ihres 25jährigen Bestandes 1889–1914, Wien 1914, 4.

<sup>37</sup> Eduard Thomas, Der ländliche Personalkredit in Nieder-Österreich: Allgemeine wirtschaftliche Lage, öffentliche Kreditgewährung, Genossenschaftswesen, in: Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Österreich (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 75), Leipzig 1898, 299–333, hier 311–313; Denkschrift der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt, 4 f.; Ernst Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation und gesellschaftliche Modernisierung. Vereine, Genossenschaften und politische Mobilisierung der Landwirtschaft Österreichs vom Vormärz bis 1914 (Geschichte und Sozialkunde, Bd. 1), Salzburg 1977, 121 f.

<sup>38</sup> Josef Roman Lorenz (Red.), Die Bodencultur-Verhältnisse des österreichischen Staates, Wien 1866, 198–200, 348–350. Die hypothekarische Belastung hätte in Niederösterreich bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche (LNF) von 1.250.000 ha demnach 114 Gulden pro ha LNF betragen. – Bezogen auf den Wert des produktiven Bodens betrug die Belastung 24 Prozent, in der gesamten Habsburgermonarchie 15 Prozent. Die höchste Belastung bestünde demnach in Oberösterreich mit 59 Prozent. Der liberale Volkswirt und Statistiker Franz Neumann bewertet die hypothekarische Belastung im Gesamtstaat (im Vergleich zu west- und südeuropäischen Staaten) als niedrig und sieht darin einen klaren Beleg, dass der landwirtschaftliche Kredit nicht jene Bedeutung einnehme, die für die Agrarentwicklung notwendig wäre: Franz Neumann, Der landwirtschaftliche Credit in Oesterreich, in: Österreichische Revue 1864, 97–119, hier 98–102.

Niederösterreich wäre demnach die Belastung pro Kopf und pro Flächeneinheit am höchsten.<sup>39</sup>

Die anzunehmende wachsende Verschuldung gipfelte im Anstieg der Zwangsversteigerungen: Nach Erhebungen des niederösterreichischen Landesausschusses kamen 1883 bis 1893 in Niederösterreich (ohne Wien) 1.361 Bauernhöfe zur Versteigerung, 3.702 zum freiwilligen Verkauf, 604 wurden im Wege der Erbteilung weitergegeben. Vor allem waren kleinere Wirtschaften von Versteigerungen betroffen. Regional dürfte das Viertel ober dem Wienerwald (neben dem Viertel ober dem Manhartsberg) am stärksten betroffen gewesen sein, wobei hier auch die „Bauernlegungen“ in alpinen Gebieten ins Gewicht fallen: Bauerngüter wurden aufgekauft und in die nun entstehenden Jagdherrschaften von Großgrundbesitzern, Finanzmoguln oder Industriellen einverleibt. Die früheren bäuerlichen Besitzer übernahmen laut dieser Erhebung nach dem Verkauf zum Teil eine andere Wirtschaft, oft mussten sie sich als Landarbeiter verdingen oder wählten ein anderes Berufsfeld.<sup>40</sup>

Der Höhepunkt der Zwangsversteigerungen wurde in Niederösterreich wie auch in den anderen österreichischen Bundesländern in den Jahren 1881 und 1882 erreicht. Die seit Jahrzehnten zunehmende Verschuldung verschärfte sich in den 1870er Jahren durch den Rückgang der Getreidepreise und schlechte Ernten. Die Zahl der Exekutionen war jedoch im Laufe der 1880er Jahre wieder deutlich rückläufig, hatte jedoch in den 1890er Jahren noch ein relativ hohes Niveau.<sup>41</sup> Im Raum Hürm ging die hohe Zahl an Zwangsversteigerungen und Notverkäufe mit einer überregionalen Migrationsbewegung einher: Die angebotenen Bauernwirtschaften übernahmen oft tschechische (Klein-)Bauernfamilien aus der Region Uherské Hradiště (Ungarisch Hradisch), die ihren ursprünglichen Besitz vermutlich um einen relativ hohen Preis verkauften und im Raum Hürm stattliche Höfe um einen verhältnismäßig günstigen Preis erstanden. Diese Einwanderung mährischer Bauern konnte in geringerem Ausmaß auch im Umland von St. Pölten beobachtet werden.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Karl Theodor von Inama-Sternegg, Die Statistik der Hypothekarschulden in Oesterreich, in: Statistische Monatschrift 1883, 313–331, hier v.a. 326–329.

<sup>40</sup> Thomas, Der ländliche Personalkredit, Anhang 2 – Laut Angaben von K. v. Grabmayer, Schuldenoth und Agrarreform. Eine agrarpolitische Skizze mit besonderer Berücksichtigung Tirols, Meran 1894, 8 gab es in Niederösterreich 1868 bis 1892 mehr als 28.700 Zwangsexekutionen, in Oberösterreich dagegen nur rund 8.000 und in Salzburg etwa 2.000. Laut einer weiteren Schätzung wurden auf dem Gebiet des heutigen Österreich von 1868 bis 1892 etwa 70 bis 80.000 landwirtschaftliche Güter zwangsversteigert: Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, 2. Aufl., Wien 2001, 295.

<sup>41</sup> Josef Buchinger, Der Bauer in der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte Österreichs, Wien 1952, 231 f.; Karl Kaser/Karl Stocker, Bäuerliches Leben in der Oststeiermark seit 1848, Bd. 1: Landwirtschaft von der Selbstversorgung zum Produktivitätszwang, Wien/Köln/Graz 1986, 82–84.

<sup>42</sup> Martin Bauer/Rita Garstenauer/Michael Resch/Niklas Perzi, Von Mähren nach Hürm. Eine Migrationsgeschichte tschechischer Bauernfamilien (Schriftenreihe Regional- und Heimatforschung 5), St. Pölten 2017.

# Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kreditwesens in Niederösterreich im 19. Jahrhundert

## Ursachen für den Bedarf eines landwirtschaftlichen Kreditwesens nach 1848

Im Zeitalter der Grundherrschaft konnten Grundbesitzer bei Bedarf Kapital bei den Waisenkassen aufnehmen. Die Grundherrschaft verwaltete nämlich das Vermögen der Waisen und fasste es in einer Waisenkasse zusammen, aus der sie vor allem an die eigenen Grundholden Darlehen gegen Verzinsung gewährte. So nahm die Waisenkasse – nicht ohne Gewinn für die Herrschaft – die Funktion eines Kreditinstituts ein. Weiters bestand die Möglichkeit, Darlehen bei Privatpersonen (anderen Bauern, Bürgern etc.) oder bei den (seit 1819) neu gegründeten Sparkassen, die jedoch primär im städtisch-bürgerlichen Bereich aktiv waren, aufzunehmen.<sup>43</sup>

Durch die Aufhebung der Grundherrschaft 1848/49 wurden die Waisenkassen an die Steuerämter übergeben und die Waisengelder in anderer Form veranlagt, wodurch die Aufnahme eines günstigen Darlehens um 4 oder 5 Prozent Zinsen in dieser Form nicht mehr möglich war.<sup>44</sup> Neue Anlagemöglichkeiten wie Aktien und Staatspapiere und der weiterhin gesetzlich festgelegte Höchstzinssatz versperrten den bäuerlichen Landbesitzern zunehmend die Möglichkeit der Kreditaufnahme bei Privaten und Sparkassen, deren Einlagekapital um 1860 stagnierte. Das Wucherpatent von 1803 begrenzte den Zinsfuß auf 5 Prozent, doch wurde es 1865 bis 1868 aufgehoben, wodurch die Hypothekarzinsen darüber hinaus ansteigen konnten.<sup>45</sup>

Seit Aufhebung der Wuchergesetze wurde es für Bauern leichter, an den Möglichkeiten des wachsenden Geldmarkts teilzunehmen und für die Kreditgeber interessanter, den Bauern Kredite zu gewähren. Nach dem Börsenkrach von 1873 wurde Kapital von industriellen Werten abgezogen und in Grund und Boden veranlagt. Das findet seinen Ausdruck in der stärkeren Hinwendung der Sparkassen zu den Kreditwünschen der Bauern. Da die Anleger in der Regel an hohen Zinsen interessiert waren und die Gelder zudem häufig kurzfristig kündbar waren, entsprach das neue Kreditangebot nicht dem bäuerlichen Interesse nach einer unkündbaren, langfristigen Schuld. Den städtischen Sparkassen wurde daher um die Jahrhundertwende vorgeworfen, hohe Gewinne im Dienste ihrer Besitzer (meist Gemeinden) besonders auf Kosten der ländlichen Hypothekarschuldner zu erwirtschaften. Diese Kreditbedingungen – unter den speziellen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen – dürften eine der Ursachen für das Anwachsen der zwangsweisen Exekutionen von bäuerlichen Wirtschaften in den 1880er Jahren gewesen sein.<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup> Helmuth Feigl, Die niederösterreichische Grundherrschaft (Forschungen zur Landeskunde von Niederösterreich, Bd. 16), 2. Aufl., St. Pölten 1998, 50; 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein in St. Pölten 1868–1948, St. Pölten 1949, 12–14.

<sup>44</sup> Eine Maßnahme zur Linderung der bäuerlichen Kreditnot war die im Jahre 1858 erfolgte Anordnung, die Waisenvermögen, im Interesse der Pflegebefohlenen und des Hypothekarkredites, wieder kumulativ anzulegen: Wolfgang Werner, Normative Materialien zur Geschichte des landwirtschaftlichen Personalkredits im alten Österreich (Wiener Studien des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, NF Bd. 23), Wien 2018, 26.

<sup>45</sup> Lorenz (Red.), Die Bodencultur-Verhältnisse, 334–342.

<sup>46</sup> Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation, 126–128. – Hypothekarkredite hatten vor allem in Weinbaugebieten aufgrund der häufigen Grundbesitzeränderungen eine größere Rolle und wurden auch nach

## Die Reformierung des Hypothekarkreditwesens

Um den Kapitalmangel der Landwirtschaft entgegenzutreten wurden zwei Bodenkreditanstalten gegründet, 1856 die *Hypothekar-Credits-Abtheilung der Nationalbank* und 1864 die *k. k. priv. allg. österr. Boden-Credit-Anstalt*. Ihre Hypothekarkredite waren als Anlagekredit gedacht, nicht als kleine Finanzspritzen zur Betriebsführung. Die Darlehen sollten bei der *Hypothekar-Credits-Abtheilung* 5.000 Gulden und bei der *Boden-Credit-Anstalt* 500 Gulden (ÖW) nicht unterschreiten.<sup>47</sup> Dementsprechend gehörten vor allem Großgrundbesitzer zu den Kunden dieser Kreditanstalten. Ihre Bedeutung erreichte jedoch bei weitem nicht jene der Sparkassen. Auf die gesamte österreichische Monarchie bezogen stammten um 1860 mehr als 94 Prozent auf ländliche Realitäten einverleibte Hypothekardarlehen von Privaten und Sparkassen, nur knapp 6 Prozent von den Bodenkreditanstalten.<sup>48</sup>

Die wachsenden Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft wurden in den 1880er Jahren durch zwei Maßnahmen befriedigt: die Reformierung des Hypothekarkreditwesens und die Schaffung gemeinnütziger Einrichtungen des ländlichen Personalkredits. Zum einen wurden von den Ländern Landeshypothekenanstalten eingerichtet (in Niederösterreich 1889), um das Hypothekarverschuldungswesen neu zu organisieren. Diese neuen Institute gewährten langfristige und unkündbare Hypothekarkredite, wandelten auch bestehende kurzfristige und hochverzinsliche Hypotheken in langfristige, nieder verzinsliche um und trugen so zu einer Ermäßigung und Stabilisierung des bei den anderen Hypothekarinstituten des Landes üblichen Zinsfußes bei.<sup>49</sup> Durch die Tätigkeit der Landeshypothekenanstalt hat sich der Hypothekarzinsfuß, der in Niederösterreich meist 5 Prozent betrug, um rund  $\frac{3}{4}$  bis 1 Prozent ermäßigt.<sup>50</sup> Der Anteil landwirtschaftlicher Güter an der Darlehenssumme war freilich nur gering; der weitaus größte Teil der Hypothekardarlehen wurde in Wien vergeben.<sup>51</sup>

## Neue Einrichtungen des ländlichen Personalkredits

Die Reformer des Kreditwesens gingen im ausgehenden 19. Jahrhundert davon aus, dass Hypothekarkredite hauptsächlich für Grundkauf, Erbteilung, Hausbau und Konvertierung

---

Aufkommen der Raiffeisenkassen durch Sparkassen, die gerichtlichen Waisenkassen sowie private Geldgeber gewährt: Karl von Schweitzer, *Der ländliche Personalkredit in Nieder-Österreich: Beispiel einer monographischen Behandlung des Gegenstandes für einen bestimmten Distrikt: und zwar für die Gerichtsbezirke Langenlois, Kirchberg a. Wagram, Krems und Spitz*, in: *Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Österreich* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 75), Leipzig 1898, 383–389.

<sup>47</sup> Franz Weigert bezifferte die durchschnittliche Höhe der Mittel, die sich ein Landwirt zur Zeit der Waisenkasse im Kreditwege beschaffen musste, mit 100 bis 200 Gulden: Franz Weigert, *Die Credit-Verhältnisse des österreichischen Landwirthes*, in: *Allgemeine land- und forstwirthschaftliche Zeitung* Nr. 16/1864, 501–503, hier 501; vgl. Werner, *Vorgeschichte*, 13 Anm. 8.

<sup>48</sup> Lorenz (Red.), *Die Bodencultur-Verhältnisse*, 197–200, 342–350; nach Neumann, *Der landwirthschaftliche Credit*, 101 entfielen 1863 auf Sparkassen und Bodenkreditanstalten kaum ein Zehntel aller Hypothekardarlehen, der große Rest auf Private und Waisenkassen.

<sup>49</sup> *Denkschrift der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt*, 7 f.; Bruckmüller, *Landwirtschaftliche Organisation*, 128.

<sup>50</sup> Josef Faschingbauer, *Der ländliche Personalkredit in Nieder-Österreich: Die besonderen Einrichtungen für den ländlichen Personalkredit*, in: *Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Österreich* (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 75), Leipzig 1898, 334–381, hier 380 f.

<sup>51</sup> *Zwanzig Jahre Niederösterreichische Landes-Hypothekenanstalt*, Wien 1909, 39–43.

alter Schulden verwendet werden sollten. Zudem erforderten sie einen größeren Geldbedarf, lange Fristen und einen gewissen bürokratischen Aufwand, was kleine, ländliche Institute nur schwer leisten könnten. Einrichtungen des ländlichen Personalkredits sollten demgegenüber kurzfristige Produktiv- oder Investitionskredite für den laufenden Wirtschaftsbetrieb bereitstellen.<sup>52</sup>

Die ersten Einrichtungen für den Personalkredit in Niederösterreich entstanden im Rahmen der Sparkassen. Die Sparkassen entstanden seit 1819 zuerst in Wien und mit Verzögerung auch in den größeren Landstädten als Vereine oder städtische Institutionen. Die erste Landsparkasse Niederösterreichs wurde in Hollabrunn 1824 errichtet, es folgte erst 1841 Waidhofen/Thaya. In den 1850er Jahren setzte mit den neuen Sparkassen in Waidhofen/Ybbs (1853) und St. Pölten (1854) eine Gründungswelle in weiteren wichtigen Provinzstädten ein. Sparkassen hatten eine überwiegend bürgerliche Klientel, obwohl sie auch die „kleinen Leute“ als Sparer ansprechen wollten und Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit zu ihren Zielen zählten. Bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe gehörten in geringem Ausmaß zum Kundenkreis, vor allem, wenn die Entfernung zum Sparkassenstandort groß war.<sup>53</sup>

1860 wurde deshalb seitens des Staatsministeriums die Errichtung von „Vorschusskassen auf Personalkredit für kleine Grundbesitzer und Gewerbetreibende“ aus den Reservefondsüberschüssen der Sparkassen empfohlen. In Niederösterreich wurde vorerst nur in Hollabrunn 1863 eine derartige Kasse gegründet. Auch sonst blieben die Personalkreditabteilungen der Sparkassen sehr beschränkt. Ein neuerlicher Versuch des Landtages 1880 zur Errichtung von Vorschusskassen hatte den Erfolg, dass bis 1894/95 immerhin 48 solcher Kassen in vielen Gerichtsorten bestanden, in der Region St. Pölten in Herzogenburg, Mank und Neulengbach.<sup>54</sup>

Als die Landtage in Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark 1865/66 die Gründung eigener Bodenkreditanstalten und die Erweiterung des Geschäfts der bestehenden Sparkassen zur Schaffung landwirtschaftlicher Kreditmöglichkeiten berieten, wurden in Niederösterreich dabei auch die bereits bekannten Vorschussvereine nach Hermann Schulze-Delitzsch als geeignete Institute angesehen.<sup>55</sup> Diese genossenschaftlich organisierten Vorschussvereine fanden in Österreich ab 1855 in städtisch-gewerblichen Kreisen Verbreitung. Die Gründung von solchen „Volksbanken“ setzte allerdings erst um 1870 in größerem Umfang ein: In der österreichischen Reichshälfte gab es 1866 241 Vorschussvereine, 1873 bereits 1.111.<sup>56</sup> Allein in Niederösterreich (ohne Wien) lag ihre Zahl 1894 bei 125, davon 72 mit unbeschränkter Haftung und 53 mit beschränkter Haftung. Vor allem unter Letzteren gab es Vereine, die auch landwirtschaftliche Kredite gewährten, oft in Form von Hypothekarkrediten, da diese Kassen ein größeres Einzugsgebiet hatten und dadurch die Kontrolle über die Kreditwürdigkeit

---

<sup>52</sup> Denkschrift der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt, 20; Faschingbauer, Personalkredit, 336; Werner, Vorgeschichte, 78.

<sup>53</sup> Karl Gutkas, Geschichte der Sparkasse in der Stadt St. Pölten, in: 125 Jahre Sparkasse in der Stadt St. Pölten, 27–167, hier 29–34.

<sup>54</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 334–335; Schweitzer, Personalkredit, 387; Ferdinand Schmid, Materialien zur Kenntnis des Personalkredits in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Kleingrundbesitzer und Kleingewerbetreibenden, Wien 1898, 178–181. Ebd., 176 f. findet sich eine Instruktion für die 1891 von der Badener Sparkasse gegründete Vorschusskasse für kurzfristige Personalkredite an kleinere Grund- und Gewerbebesitzer. Ihr Wirkungsbereich erstreckte sich auf die Gerichtsbezirke Baden, Pottenstein, Mödling und Ebreichsdorf.

<sup>55</sup> Werner, Vorgeschichte, 15.

<sup>56</sup> Werner, Vorgeschichte, 18 f.

schwer ausüben konnten.<sup>57</sup> Obwohl in Niederösterreich seit ca. 1870 ein relativ dichtes Netz von Vorschussvereinen entstand, gab es – zum Unterschied zu den böhmischen Ländern – kaum Kreditgenossenschaften nach Hermann Schulze-Delitzsch, die in erster Linie eine ländlich-agrarische Kundschaft ansprachen.

Zu den entscheidenden Institutionen für den ländlichen Personalkredit entwickelten sich daher die Spar- und Darlehenskassen nach dem System Raiffeisen. Diese Kreditgenossenschaften nahmen seit 1886/87 dank kräftiger Förderung durch den niederösterreichischen Landtag an Zahl und Mitgliedern stark zu. Im Gegensatz zu den älteren Kreditinstituten bildeten sie sich auch und vor allem in ländlich-agrarischen Gebieten, womit auch hier ein dichtes Netz an Kreditinstituten entstand, das vor allem die bäuerliche Bevölkerung ansprach. Die rasche Ausbreitung der Raiffeisenkassen bewirkte eine Herabsetzung des Zinsfußes bei den Vorschusskassen, der bei Darlehen gegen Wechsel aber selten weniger als 6 Prozent (samt den anhaftenden Regiebeiträgen) betrug, zum Teil sogar 8 bis 9 Prozent.<sup>58</sup>

Mit der Gründungswelle nach 1887 kam es zu einer intensiven Kooperation mit der Landeshypothekenanstalt, die anfänglich an die einzelnen Kassen Pfandbriefe ohne Nutzen abgab und diese später als Depots verwaltete. Als der niederösterreichische Landesausschuss zum Geldausgleich unter den Raiffeisenkassen eine Depositeneinrichtung beim Landes-Obereinnehmeramt (der Kasse der autonomen Landesverwaltung) schuf, übernahm die Hypothekenanstalt die überschüssigen Geldbestände zu günstigem Zinsfuß in Kontokorrent. Nach Gründung der Genossenschaftszentralkasse 1898 (seit 1.1.1899 in Betrieb) übernahm die Landeshypothekenanstalt die Führung der Kassen- und Buchhaltungsgeschäfte der Zentralkasse.<sup>59</sup>

## Der Systemstreit – Schulze-Delitzsch oder Raiffeisen?

Als die Ideen Friedrich Wilhelm Raiffeisens in Österreich seit Ende der 1860er Jahre verstärkt rezipiert wurden, konnte Schulze-Delitzsch bereits große Erfolge in der Etablierung eines Genossenschaftswesens in Deutschland vorweisen. Sowohl der christliche Sozialreformer Raiffeisen als auch der liberal gesinnte Schulze-Delitzsch bemühten sich zeitlebens um die bestmögliche Gestaltung der Genossenschaftsorganisation. Aus den – zum Teil – unterschiedlichen Ansichten entwickelte sich jedoch ab Ende der 1860er Jahre eine heute als „Systemstreit“ bezeichnete Phase der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Genossenschaftspionieren und ihren Anhängern. Hintergrund ist der sich ab Ende der 1860er Jahre abzeichnende Durchbruch des Raiffeisen'schen Darlehenskassen-Modells und seine zunehmende politische Unterstützung in Deutschland. Damit trat dem Genossenschaftsmodell Schulze-Delitzschs eine starke Konkurrenz gegenüber, die vor allem für die Belange der Landwirtschaft konzipiert war. Zur Diskussion standen etwa Fragen der Finanzierung der Vereine, die Haftung, die Ausleihfristen für Kredite, die Erweiterung der Geschäftsfelder der

---

<sup>57</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 379.

<sup>58</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 379; Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation, 128 f., 131 f.

<sup>59</sup> Denkschrift der niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt, 18–20; Faschingbauer, Personalkredit, 341 f.

Kreditgenossenschaften auf den landwirtschaftlichen Warenhandel sowie die Verankerung christlich-ethischer Grundwerte in den Genossenschaften.<sup>60</sup>

Die primären Zielgruppen waren bei Schulze-Delitzsch Handwerker und Gewerbetreibende und bei Raiffeisen die Bauern mit ihren spezifischen Bedürfnissen. So genügte Schulze-Delitzsch eine zeitlich relativ beschränkte Darlehensvergabe auf drei Monate, die dem Handwerker den Einkauf von Produktionsmitteln ermöglichte. Für die Landwirtschaft reichte jedoch eine kurzfristige Kreditzusage nicht aus, da der Produktionszyklus jahreszeitlich bedingt länger dauerte und die Landwirte ihre Haupteinnahmen meist nur einmal im Jahr nach der Erntezeit erzielten. Zudem waren die Investitionssummen in der Landwirtschaft meist zu hoch, um sie in kurzer Zeit abzahlen zu können. Daher gewährten Darlehenskassen nach Raiffeisen Darlehen auch auf mehrere Jahre. Nicht zuletzt deshalb wurde das landwirtschaftliche Kreditgenossenschaftsmodell von Raiffeisen gegenüber dem Vorschusskassenmodell nach Schulze-Delitzsch von Agrarfachleuten zunehmend bevorzugt.<sup>61</sup> Auch bei der Finanzierung der Vereine gab es unterschiedliche Standpunkte. Zwar war man sich einig, dass durch die Annahme von Spargeldern und insbesondere durch die Aufnahme von Fremdkapital die Basis des Betriebskapitals gebildet werden sollte. Waren für Raiffeisen jedoch auch Kapitaleinlagen und Finanzausschüsse der öffentlichen Hand denkbar, lehnte Schulze-Delitzsch jede staatliche Unterstützung ab. Raiffeisen dagegen lehnte wiederum die von Schulze-Delitzsch vorgesehenen Eintrittsgelder und Geschäftsanteile ab. Die Finanzierung der Darlehenskassen sollte stattdessen über die Aufnahme von Anleihen gegen die solidarische Haftung der Mitglieder erfolgen, wobei die Mitglieder mit ihrem gesamten Vermögen für die Genossenschaft hafteten (Prinzip der unbeschränkten Haftung). Raiffeisen sah zudem in den Darlehenskassen den Ausgangspunkt zur Bildung dörflicher Universalgenossenschaften, etwa durch Kombination der Bankgeschäfte mit Warenbezug und -absatz, was wiederum nicht den Vorstellungen von Schulze-Delitzsch entsprach. Die Vorschuss- wie auch die Spar- und Darlehenskassen unterschieden sich von den Sparkassen, wo die Bildung von Ersparnissen vordergründig war, durch den Vorrang der Kreditgewährung. Bei beiden Formen von Kreditgenossenschaften wurde die Darlehensgewährung von der Vereinsmitgliedschaft abhängig gemacht – die Hilfsbedürftigen sollten sich selbst zusammenschließen, um ihre Probleme gemeinsam und eigenverantwortlich zu lösen (Prinzip der Selbsthilfe). Statt einer hypothekarischen Verpfändung von Immobilien begnügte sich Raiffeisen jedoch in der Regel mit einer Bürgschaft. Dies sollte auch deshalb als Sicherheit ausreichen, da sich der Darlehenskassenverein auf einen kleinen Bezirk beschränkte (z.B. eine Gemeinde), wo sich die Mitglieder untereinander gut kannten. Die Verwaltung und Geschäftsführung sollte weitgehend auf Ehrenamtlichkeit beruhen.<sup>62</sup>

Wie auch die Geschichte in Niederösterreich zeigt, haben sich beide Lager in der Praxis angenähert, wobei es ohnehin in wichtigen Punkten Übereinstimmung gab.

---

<sup>60</sup> Werner, Vorgeschichte, 30–36; Roman Sandgruber, Die Landwirtschaft in der Wirtschaft: Menschen, Maschinen, Märkte, in: Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert: Politik – Gesellschaft – Wirtschaft, Wien 2002, 191–408, hier 370.

<sup>61</sup> Werner, Vorgeschichte, 19–31.

<sup>62</sup> Sandgruber, Landwirtschaft in der Wirtschaft, 369–371.

## Das System Raiffeisen setzt sich durch

Nachdem das Raiffeisenmodell in den 1870er und frühen 1880er Jahren bei den Fachleuten zunehmend an Sympathie gewann, wurde man schließlich auch auf politischer Ebene aktiv. Der Niederösterreichischen Landtag sprach sich – nach einem Antrag von Josef Ritter Mitscha von Märheim vom 26. November 1885, der die Entsendung einer Studienkommission zu Friedrich Wilhelm Raiffeisen in den Westerwald zur Folge hatte – im Jänner 1887 dafür aus, die Gründung von Spar- und Darlehenskassen nach dem System Raiffeisen durch die Landesregierung zu fördern und ließ Musterstatuten ausarbeiten. Das Musterstatut des niederösterreichischen Landesauschusses von 1887 basiert auf den Grundsätzen Raiffeisens, zeigt jedoch deutliche Abweichungen gegenüber den ursprünglich von Raiffeisen vertretenen Prinzipien: So ist die Darlehensfrist auf zwei Jahre (einschließlich der Verlängerungen) beschränkt, wobei sie in besonderen Fällen auf maximal vier Jahre ausgedehnt werden kann. Die Spar- und Darlehenskassen sollten Personalkredite gewähren, obwohl das Statut – neben der Stellung von Bürgen und der Hinterlegung von Wertpapieren – auch die Sicherstellung durch Hypothek zulässt. Wie bei den Vorschussvereinen sieht das Statut weiters die Verpflichtung für Neumitglieder vor, eine Beitrittsgebühr und (zumindest) einen Geschäftsanteil einzulegen. Ganz den Raiffeisen'schen Grundsätzen entsprechend wird die Solidarhaft der Mitglieder mit ihrem gesamten Vermögen festgeschrieben. Außerdem wird beim Vereinszweck nicht nur die wirtschaftliche Hilfestellung betont: Der Verein verfolge das Ziel „die Verhältnisse seiner Mitglieder in sittlicher [!] und materieller Beziehung zu verbessern“. Als Mittel zum Zweck dient dabei – neben der Darlehensgewährung und der Annahme der Spareinlagen – auch die Förderung der Gründung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Vereinsgebiet.<sup>63</sup>

Die erste Raiffeisenkasse in der Habsburgermonarchie wurde im März 1886 im untersteirischen Roßwein (heute Slowenien) gegründet, am 4. Dezember desselben Jahres folgte als erste niederösterreichische Gründung Mühldorf bei Spitz. Die erste Gründung nach dem 1887 erarbeiteten Musterstatut des niederösterreichischen Landesauschusses war jedoch der am 18. Dezember 1887 gegründete Spar- und Darlehenskassenverein Neustift-Scheibbsbach. Mühldorf übernahm erst 1888 diese Statuten.<sup>64</sup>

Die Gründung der Kreditgenossenschaften nach dem System Raiffeisen wurde von Seiten des Landes durch günstige Darlehen und Subventionen gefördert. Durch ein Reichsgesetz und eine Verordnung des Finanzministeriums von 1889 wurde eine Gebührenbegünstigung gewährt. Zudem unterstützte man die Gründungen durch Übernahme der Revisionsverpflichtung seitens des Landes (bis 1924) und durch Übernahme der Geldausgleichsfunktion (zwischen überliquiden und geldbedürftigen Kassen) vor Entstehen der Niederösterreichischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralkasse 1898. Die niederösterreichische Initiative zur Einführung und Förderung von Raiffeisenvereinen wirkte vorbildhaft für die übrigen Kronländer.

Durch die großzügige Förderung auf Staats- und Landesebene setzte ein Gründungsboom ein, der bis zur Jahrhundertwende anhielt: Die Zahl der Spar- und Darlehensvereine stieg in

---

<sup>63</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 336; Statuten des niederösterreichischen Landesauschusses aus 1887 in: Werner, Normative Materialien, 360–396.

<sup>64</sup> Werner, Normative Materialien, 42–45; Werner, Vorgeschichte, 79–81; Sandgruber, Landwirtschaft in der Wirtschaft, 371 f. In Deutschland zählte man im Todesjahr von Raiffeisen 1888 bereits 423 Raiffeisenvereine.

Niederösterreich von 51 (1890) auf 461 (1900) und 548 (1910). 1908/09 lag die durchschnittliche Mitgliederzahl der Spar- und Darlehensvereine in Niederösterreich bei 111. Nimmt man für Niederösterreich 1909 etwa 105.000 landwirtschaftliche Betriebsführer an, so betrug der Anteil der rund 60.000 Vereinsmitglieder 57 Prozent – unter der Annahme, dass die Vereinsmitglieder nur aus selbständigen Landwirten bestanden, was jedoch keineswegs der Fall war.<sup>65</sup>

## Wirkung der Spar- und Darlehenskassen

Initiatoren der Raiffeisenkassen waren Abgeordnete und andere Politiker, Beamte, Lehrer, Wirte, Bauern und vor allem Geistliche. Ehrenamtlich tätige Lehrer, Geistliche, Beamte und wohlhabende Bauern stellten sich als Funktionäre und als Geschäftsführer in den Dienst der Sache. Bei den Obmännern zeigt sich um 1900 ein starkes Überwiegen der (wohlhabenden) Bauern. Als Mitglieder suchte man nicht nur Bauern, sondern auch Gewerbetreibende und Fabrikarbeiter, als Einleger traten bemerkenswerterweise auch ländliche Unterschichten wie Dienstboten, Kleinhäusler und Tagelöhner hervor.<sup>66</sup>

In den ersten Jahrzehnten überwogen die Einlagen die Darlehen deutlich, was einerseits auf das Wecken des Sparsinns auch in den ärmeren ländlichen Bevölkerungsschichten zurückzuführen ist, andererseits aber ein Hinweis darauf sein könnte, dass die Darlehenskassen als Kreditgeber nicht die erwünschte Attraktivität hatten. Durch die Angleichung der Zinssätze dürften andere Kreditgeber Darlehen zu ähnlichen Konditionen gewährt haben. Zudem waren auch bei den Spar- und Darlehenskassen eher kurze Laufzeiten gefragt, obwohl langfristige Kredite möglich waren: Der Darlehenszinsfuß lag bei den niederösterreichischen Raiffeisenkassen in den frühen 1890er Jahren meist bei 4,5 bis 5 Prozent, der Spareinlagenzinsfuß bei 3,5 bis 4 Prozent. Die Darlehenshöhe überstieg in der Regel nicht 200 Gulden, nur sehr vereinzelt wurden Beträge über 600 Gulden verliehen. Die Laufzeit betrug bei zwei Drittel der (1892 bereits vollständig zurückbezahlten) Darlehen bis zu 12 Monate, im Durchschnitt 14 Monate.<sup>67</sup> Gemäß einer 1895 durchgeführten Umfrage bei den Spar- und Darlehenskassenvereinen wird denselben eine positive Wirkung zugeschrieben. Demnach konnten die Mitglieder etwa mehr Unabhängigkeit gegenüber den (Zwischen-)Händlern erlangen. Die günstigen Darlehensbedingungen schützten vor hohen Zinsen der privaten Geldgeber und zwangen etwa auch die bestehenden Vorschusskassen die Zinsen zu senken. Häufige Gründe für die Aufnahme der Darlehen waren Ankauf von Vieh, bauliche Maßnahmen (Um- und Zubauten), Haus- und Grundkauf, Erwerb von Saatgut, Getreide und Futter, von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen sowie anderer Betriebsmittel.<sup>68</sup> Josef Faschingbauer resümierte in einem 1898 veröffentlichten Aufsatz über den ländlichen Personalkredit in Niederösterreich, dass

---

<sup>65</sup> Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation, 137 f.

<sup>66</sup> Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation, 141 f.; Sandgruber, Landwirtschaft in der Wirtschaft, 376 f.; Faschingbauer, Personalkredit, 368 f.

<sup>67</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 343–379.

<sup>68</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 339, 342 f.

„neue Einrichtungen für den ländlichen Personalkredit nicht erforderlich sind. Seit dem Entstehen der Raiffeisenkassen sind die Personalkreditverhältnisse des flachen Landes ungleich günstigere als jene der Städte. Ohne jede Schwierigkeit kann der Landwirt heute zu 4-5 % auf 1-4 Jahre ziemlich beträchtliche Summen erhalten, während der städtische Gewerbetreibende, Industrielle, Beamte in der Regel viel drückendere Bedingungen einzugehen gezwungen ist. Von Geldwucher kann nicht mehr die Rede sein [...]“.<sup>69</sup>

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Raiffeisenkassen blieb freilich vor dem Ersten Weltkrieg gering: Nur 4 Prozent der Bilanzsumme aller Kreditunternehmungen des österreichischen Teils der Habsburgermonarchie entfielen auf Raiffeisenkassen, auf Aktienbanken dagegen 57 Prozent, die übrigen 39 Prozent auf Sparkassen, gewerbliche Kreditgenossenschaften und sonstige Kreditinstitute.<sup>70</sup> Dennoch muss berücksichtigt werden, dass die neuen ländlichen Kreditgenossenschaften in Bevölkerungskreisen zunehmend Kundschaft gewannen, die sich nicht durch großen Wohlstand auszeichneten und bisher Bankdienste wenig oder gar nicht in Anspruch nahmen. Zudem zeigt sich bei der Gründung der ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften, dass weite Teile der Bevölkerung diesen neuen Institutionen anfangs misstrauisch oder abwartend gegenüberstanden.

### Die Kreditgenossenschaften als Ursprung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens

Die Genossenschaftsbewegung gewann im Laufe des 19. Jahrhunderts stark an Bedeutung. Im landwirtschaftlichen Sektor waren es die Vorschussvereine (nach Schulze-Delitzsch) und vor allem die Spar- und Darlehenskassen (nach Raiffeisen), die der Genossenschaftsidee zum Durchbruch verhalfen. Die Genossenschaften entstanden vermehrt als Selbsthilfeorganisationen im Zuge der Durchsetzung der liberal-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverfassung und der Verkehrsrevolution, die die Agrarproduzenten einer überregionalen und sogar einer globalen Konkurrenz aussetzten. Vor allem die „Agrarkrise“ der 1880er Jahre löste die Gründungswellen der Kreditgenossenschaften und in der Folge der Bezugs- und Absatzgenossenschaften (Lagerhausgenossenschaften) aus. In politischer Hinsicht ist die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Zusammenhang mit dem seit den 1880er Jahren betriebenen staatlichen Agrarinterventionismus zu sehen, war man doch auf konservativer und christlichsozialer Seite an der Erhaltung einer starken Bauernschaft als Gegengewicht zur entstehenden (sozialdemokratisch orientierten) Industriearbeiterschaft interessiert. Die starke Förderung der Spar- und Darlehenskassen, seit 1898 der Lagerhausgenossenschaften und der Milch- und Molkereigenossenschaften gründet in der konservativen Mehrheit im Landtag und dem zunehmenden politischen Gewicht der (Klein-)Bauern, die in steigendem Maße auf den Landtagen repräsentiert wurden. Aus demokratiepolitischer Sicht war die Genossenschaft insofern bemerkenswert, als die Mitglieder prinzipiell gleichberechtigt waren, auch wenn sie

---

<sup>69</sup> Faschingbauer, Personalkredit, 379.

<sup>70</sup> Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation, 157–160.

in der Regel unterschiedliche ökonomische und soziale Möglichkeiten hatten und es in der Praxis zu Ungleichgewichten kam.<sup>71</sup>

Mit den Kreditgenossenschaften konnte ein dringliches Problem der landwirtschaftlichen Betriebe, die Kapitalbeschaffung, angegangen werden. Gleichzeitig war ihr Aufbau ein wichtiger Impuls für die Ausweitung der Genossenschaftstätigkeit auf andere agrarische Bereiche, wie es Raiffeisen auch anstrebte. Die Raiffeisenkassen beschafften nicht nur das nötige Kapital für die Gründung der eigentlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften, bei ihrer Gründung wurde außerdem seitens des Landes eine erfolgreiche Förderstrategie entwickelt, die Ende der 1890er Jahre auch beim Aufbau der Lagerhausgenossenschaften verfolgt wurde: Studienreise ins Ausland, Ausarbeitung von Statuten, Subventionen und Fördertätigkeit beim Gründungsvorgang, Revision und Kontrolle. So wurde 1898 schließlich zum Schlüsseljahr für den Aufbau des österreichischen Genossenschaftswesens: In diesem Jahr wurden nicht nur die ersten Lagerhausgenossenschaften gegründet, sondern auch mit der Niederösterreichischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralkasse und dem Verband ländlicher Genossenschaften in Niederösterreich zwei Zentralstellen für die Raiffeisenkassen bzw. die Lagerhausgenossenschaften geschaffen. In dasselbe Jahr fiel zudem die Gründung der beiden Zentralgenossenschaften Niederösterreichische Molkerei und Niederösterreichisches Winzerhaus.<sup>72</sup>

---

<sup>71</sup> Elisabeth Ulsperger, Strukturveränderungen im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen unter besonderer Berücksichtigung der Lagerhaus- und Molkereigenossenschaften Niederösterreichs in der Zeit von 1898 bis 1938, Dipl.-Arb., Univ. Wien 1986, 11–26; Bruckmüller, Landwirtschaftliche Organisation, 131–133, 144 f.; Sandgruber, Landwirtschaft in der Wirtschaft, 368 f.; 50 Jahre landwirtschaftliches Genossenschaftswesen in Niederösterreich, Wien 1936.

<sup>72</sup> Ulsperger, Strukturveränderungen, 27–48.

## Die Entstehung und Entwicklung des landwirtschaftlichen Vorschussvereins in St. Pölten

### Die Gründung des landwirtschaftlichen Vorschussvereins und das Kreditwesen in St. Pölten

Als dritte Sparkasse außerhalb Wiens und als erstes Kreditinstitut in St. Pölten wurde 1854 die Sparkasse in St. Pölten gegründet. Obwohl in den Statuten unter anderem das Ziel formuliert wird, „dem Ackerbau und der Landindustrie Kapitalien zuzuführen“, blieb die Landbevölkerung zurückhaltend gegenüber der neuen Institution.<sup>73</sup> Einer anfänglichen Aufwärtsentwicklung folgte von 1857 bis 1866 eine wirtschaftliche Krise, die nicht nur die Bank, sondern auch die Stadtgemeinde und die Industriebetriebe im Raum St. Pölten deutlich spürten. Aufgrund der geringen Einlagen konnten auch nur wenige Darlehen gewährt werden. 1866 brachte jedoch die Wende: Einlagen wie auch Ausleihungen stiegen bis in die Mitte der 1870er Jahre rapide an. Die St. Pöltner Sparkasse blieb im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts die weitaus wichtigste Bank in der Region und hatte 1871 bereits rund 11.000 Einleger und rund 3.400 Schuldner.<sup>74</sup>

In der krisenhaften Phase zu Beginn der 1860er Jahre wurde 1862 der Vorschusskassenverein St. Pölten, der primär gewerbliche Interessen vertrat, gegründet. Der nach dem Genossenschaftsgesetz von 1873 als eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung registrierte Verein war eine Gründung nach Schulze-Delitzsch und hatte Ende 1873 212 Mitglieder, an denen Vorschüsse ausbezahlt wurden. Vorstand des Vereins war Matthäus Salzer, Besitzer der Papierfabrik in Stattersdorf, der auch zu den Gründungsmitgliedern der Sparkasse gehörte.<sup>75</sup>

Kurz nach Gründung des (gewerblichen) Vorschussvereins initiierte der ebenfalls erst 1853 aus der Taufe gehobene landwirtschaftliche Bezirksverein die Gründung eines landwirtschaftlichen Vorschussvereins. Die Vorarbeiten waren 1865 schon erledigt, da die vom Präsidenten des Bezirksvereins, Graf Montecucoli, eingereichten Statuten im Dezember 1865 bereits von der niederösterreichischen Statthalterei genehmigt wurden.<sup>76</sup> Am 6. Februar 1866 verlautbarte der Bezirksverein in einer „Kundmachung“ den „Zweck, die Einrichtung und die Vortheile des landwirthschaftlichen Vorschußvereines für St. Pölten und Umgebung“.<sup>77</sup> Dass jedoch erst am 16. Jänner 1868 die Konstituierung des Vereins erfolgte, dürfte mit den Kriegsereignissen 1866 (Schlacht bei Königgrätz und Vorrücken der preußischen Truppen) und den damit verbundenen Unsicherheiten zu tun haben, die auch der

---

<sup>73</sup> Gutkas, Sparkasse St. Pölten, 32 f., 35.

<sup>74</sup> Gutkas, Sparkasse St. Pölten, 38–43

<sup>75</sup> Die Genossenschaft, 9.5.1874, S. 81; Gutkas, Sparkasse St. Pölten, 50, 156.

<sup>76</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1865/G4 ad 48608 K 02 (Landwirtschaftlicher Vorschussverein für St. Pölten und Umgebung).

<sup>77</sup> 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein, 14, siehe auch „Aufruf“ zw. S. 8 und 9. In St. Pöltner Bote, 8.2.1866, [S. 3] wurde über die Generalversammlung des Bezirksvereins am 25. Jänner 1866 berichtet, wo in Anwesenheit von 39 Mitgliedern unter anderem beschlossen wurde: „In Bezug des bei diesem Vereine zu gründenden Vorschußvereines, dessen Statuten vor Kurzem von der politischen Landesstelle mit unwesentlichen Abänderungen genehmigt wurden, wird die Einleitung der diesfalls nöthigen Vorkehrungen, dem hiezu gewählten Comité, sowie der Entwurf der diesfälligen Geschäftsordnung überlassen.“

Sparkasse St. Pölten große Probleme bereitete.<sup>78</sup> Im Folgejahr setzte jedoch eine wirtschaftliche Erholungsphase ein, in der schließlich auch der landwirtschaftliche Vorschussverein gegründet wurde.

## Struktur und Organisation des Vereins

Laut Statut von 1865 führte der Verein den Titel „Landwirtschaftlicher Vorschussverein für St. Pölten und Umgebung“. Zweck des Vereins war es, „durch den gemeinschaftlichen Kredit seiner Mitglieder diesen die zur Förderung des Wirthschaftsbetriebes und zur Dekung sonstigen Bedarfes erforderlichen Geldmittel, so schnell und billig als möglich zu verschaffen.“<sup>79</sup>

In einem „Aufruf“ vom Jänner 1868 wurde der neue Spar- und Vorschussverein der Bevölkerung präsentiert: Demnach war die Voraussetzung für die Gewährung eines Vorschusses die Mitgliedschaft beim Vorschussverein. Wer Mitglied werden wollte, sollte sich bei Gemeindegabler im Rathaus melden. Das neue Mitglied musste eine „Grundtaxe“ als Eintrittsgeld von zwei Gulden und mindestens eine Monatsrate der statutenmäßigen Geschäftseinlage von 50 Gulden leisten. Selbst jene „Mitglieder, die keine Vorschüsse brauchen, erhalten durch die Dividenden ein reichliches Erträgnis der Geschäftseinlagen, und ernten nebstbei das frohe Bewußtsein, die Einlagen zu einem edlen und gemeinnützigen Zwecke vorgestreckt zu haben.“ Spareinlagen konnte jedermann beim Kassier Johann Löhnert, Hausbesitzer und Glasermeister in der Kremsergasse, einlegen.<sup>80</sup> Die Anlaufstelle für Vorschussnehmer war ebenfalls Gemeindegabler, wobei der Verwaltungsrat über die Vergabe der Vorschüsse entschied. Im ersten Statut werden als Zinshöhe sechs Prozent pro Jahr angegeben, dazu kam „als Provision zur Bestreitung der Geschäftsauslagen ein Prozent für je 6 Monate“. Kleinere Beträge („im Betrage der eingezahlten Geschäftsanteile und in der Höhe von 10 fl“) wurden nur auf Wechsel, größere Beträge auf Wechsel und gegen Bürgschaft vergeben. Vorschüsse gewährte man „in der Regel auf 6 Monate“ und können um weitere drei, maximal aber sechs Monate verlängert werden, sodass kein Vorschuss länger als ein Jahr ausständig bleiben sollte.<sup>81</sup>

Der *St. Pöltner Bote* berichtete im Jänner 1868 ebenfalls in zwei Artikeln über den neuen Vorschussverein, wobei im Wesentlichen die Inhalte des „Aufrufes“ wiedergegeben wurden. In der Ausgabe vom 23. Jänner 1868 findet man die Informationen über die Organisation des Spar- und Vorschussgeschäfts:

„Landwirthschaftl. Vorschußverein. – Dieser Verein konstituirte sich am 16. d.: Als Vereinsvorstand wurde Herr Karl Pirko, Gutsbesitzer zu Pottenbrunn und als dessen Stellvertreter Herr Dr. Kasp. Glaßner gewählt. Unter den Verwaltungs-Räthen wurden Herr Jos. Gabler mit der Schriftführer- und Herr Johann Löhnert mit der Kassierstelle

---

<sup>78</sup> Gutkas, Sparkasse St. Pölten, 39.

<sup>79</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1865/G4 ad 48608 K 02, Statuten des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins für St. Pölten und Umgebung § 1 und 2.

<sup>80</sup> 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein, Abdruck des „Aufrufes“ zw. S. 8 und 9.

<sup>81</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1865/G4 ad 48608 K 02, Statuten des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins für St. Pölten und Umgebung § 16 und 18.



Charaktere der an der Spitze des Vereins stehenden Männer leisten die sicherste Garantie für die gediegenste und gewissenhafteste Gebahrung mit dem Vereinsvermögen. Von den schon früher beschriebenen Vortheilen des Vereins heben wir hier wiederholt nur den hervor, daß durch ihn Kapitalien, die sonst den Millionären der Residenz Gewinn bringen, mit ungeschmälerter Rente der Heimat erhalten werden. Wir halten uns daher verpflichtet, den Landwirthen ihren Beitritt zum Vereine und dem P. T. Publikum die Einlegung von Spargeldern dringend zu empfehlen.“<sup>84</sup>

Dass Kassier Johann Löhnert und Vorstandstellvertreter Kaspar Glaßner auch im Vorstand des gewerblichen Vorschussvereins und einige Gründungsmitglieder des landwirtschaftlichen Vorschussvereins Gründer, Mitglieder oder Kuratoren der Sparkasse waren, zeigt, dass es innerhalb des Bankenwesens in St. Pölten starke personelle Überschneidungen gab.<sup>85</sup>

Die ersten Mitglieder des Vorschussvereins waren – abgesehen von den Verwaltungsräten – Wirtschaftsbesitzer, aber auch Gewerbetreibende (Mühlenbesitzer, Wirte, Hammerschmied), Fabrikanten, Händler, Beamte, Privatiers und Hausbesitzer. Das Herkunftsgebiet lag zwischen Perersdorf (im Osten) und Markersdorf (im Westen), zwischen Wilhelmsburg bzw. Klafterbrunn (im Süden) und Pottenbrunn (im Norden).<sup>86</sup>

Interessant ist, dass eine Voraussetzung der Mitgliedschaft im landwirtschaftlichen Vorschussverein die Mitgliedschaft in einem landwirtschaftlichen Bezirksverein war. Offenbar war man hier von den Statuten des gewerblichen Vorschussvereins inspiriert, wonach nur Mitglieder des Gewerbevereins in St. Pölten die Vereinsmitgliedschaft erhalten konnten.<sup>87</sup> Analog dazu steht in den Statuten des landwirtschaftlichen Vorschussvereins, dass „wirkliche“ Mitglieder nur jene sein könnten, die „bereits Mitglieder eines landwirtschaftlichen Bezirksvereines in St. Pölten oder Umgebung sind“.<sup>88</sup> Eine Folge dieser Koppelung war, dass die Mitgliederzahl des Bezirksvereins in St. Pölten seit Gründung des Vorschussvereins stark anstieg, nämlich – wie erwähnt – von 98 Mitgliedern (1857) auf 233 (1869) und 251 (1870). Der Mitgliederstand des Vorschussvereins stieg gleichzeitig von 84 (1868) auf 189 (1870). Diese Koppelung wurde offenbar bald aufgehoben, sodass der Mitgliederstand des Bezirksvereins bis 1880 auf 58 zurückging, der Mitgliederstand des Vorschussvereins dagegen im selben Jahr 700 überschritt.<sup>89</sup>

## Vergleich Sparkasse – Vorschussverein 1868

Noch im März 1868 veröffentlichte der *St. Pöltner Bote* einen zweiteiligen Artikel über die „Spar- und Vorschußkassen“, bestanden doch in St. Pölten zu dieser Zeit neben der Sparkasse noch der gewerbliche und der landwirtschaftliche Vorschussverein, wobei letzterer erst einige

<sup>84</sup> St. Pöltner Bote, 30.1.1868, [S. 3].

<sup>85</sup> 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein, 15, 17.

<sup>86</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1868/G4 ad 702 K 02 (landwirtschaftlicher Vorschussverein für St. Pölten und Umgebung).

<sup>87</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1867/G4 ad 5967 K 02 (Vorschussverein St. Pölten), Statuten des Vorschussvereines in St. Pölten § 3.

<sup>88</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1865/G4 ad 48608 K 02, Statuten des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins für St. Pölten und Umgebung § 3.

<sup>89</sup> Buchinger, Entwicklung der Landwirtschaft, 6; Buchinger, Bauer in der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, 253.

Wochen zuvor gegründet wurde. Demnach wären Sparkassen dafür bestimmt, „Darlehen in höheren Beträgen auf längere Zeit“ zu gewähren, weshalb sie Garantien in Form von Hypotheken erforderten. Vorschusskassen gäben dagegen Darlehen mit kleinen Beträgen und kurzer Laufzeit. Damit entsprechen die Kreditformen unterschiedlichen Bedürfnissen. Beide Kreditinstitute hätten somit ihre Notwendigkeit und „machen sich in Absicht auf ihre beziehungsweisen Wirkungskreise gegenseitig keine Konkurrenz“.<sup>90</sup>

Hinsichtlich ihrer Organisation gäbe es ebenfalls Unterschiede: Sparkassen bildeten ihren Kapitalstock abgesehen vom Reservefonds lediglich durch Spareinlagen. Das Betriebskapital der Vorschussvereine basierte zum großen Teil auf den Einlagen der Vereinsmitglieder, einerseits auf den „Grundtaxen“ (Eintrittsgeldern) und den Geschäftseinlagen und andererseits auf den Spareinlagen. Die Spareinlagen der Nichtmitglieder machten demnach nur einen geringen Teil des Betriebsfonds aus. Aufgrund der Beschränkung auf ihre Mitglieder könnten die Vorschusskassen daher nur über „einen ganz bescheidenen Betrag“ verfügen. Die Sparkassen hingegen wären „in ihrer Entwicklung und Ausdehnung ihres Wirkens unbeschränkt“, wodurch die Sparkassen kontinuierlich anwachsen und Vorschussverein „bis zu einer gewissen Grenze still stehen“.<sup>91</sup>

Jedoch nicht nur die Mitgliederzahl, sondern auch der Einlagenstand des landwirtschaftlichen Vorschussvereins zeigt seit seiner Gründung bis zum Ersten Weltkrieg ein kontinuierliches Wachstum.<sup>92</sup>

## Neue Statuten nach dem Genossenschaftsgesetz von 1873

Das Genossenschaftsgesetz von 1873 erforderte die Neuregistrierung der genossenschaftlich organisierten Vereine und die Anpassung der Statuten. 1875 wurde der Vorschussverein als „Landwirtschaftlicher Vorschussverein in St. Pölten, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung“ in das Genossenschaftsregister eingetragen. Die neuen, 1875 genehmigten Statuten decken sich inhaltlich weitgehend mit den Statuten von 1865.<sup>93</sup> Nach den alten Statuten trat die Solidarhaftung dann ein, wenn das Vereinsvermögen (Reservefonds, Geschäftseinlagen, Geschäftserträge) zur Deckung der Schulden und zur Bestreitung der Auslagen des Vereins nicht mehr ausreichte.<sup>94</sup> In den neuen Statuten wird das Ausmaß der Haftung eingeschränkt: Demnach haftet der Genossenschafter für alle Verbindlichkeiten der Genossenschaft mit seinem bereits eingezahlten Geschäftsanteil von 50 Gulden und mit weiteren 150 Gulden, dem dreifachen Beitrag der vollen Geschäftseinlage. Auch die Modalitäten der Vorschussgewährung wurden neu formuliert: Die Vorschüsse werden auf drei oder sechs Monate gegen Wechsel gegeben, wobei eine Verlängerung um

---

<sup>90</sup> St. Pöltner Bote 12.3.1868, S. 2.

<sup>91</sup> St. Pöltner Bote 19.3.1868, S. 3.

<sup>92</sup> Vgl. die Grafiken „Mitgliederstand 1868–1948“ und „Einlagenstand 1868–1948“ in: 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein.

<sup>93</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1875/G4 ad 13286 K 04 (Landwirtschaftlicher Vorschussverein in St. Pölten)

<sup>94</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1865/G4 ad 48608 K 02, Statuten des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins für St. Pölten und Umgebung § 7, 14, 15.

drei oder sechs Monate zulässig ist. Die Wechsel müssen vom Vorschussnehmer und einem Bürgen gefertigt werden. Der Zinsfuß wird von der Generalversammlung festgesetzt.<sup>95</sup> Nach den Statuten von 1881 kann der Genossenschafter bis zur Höhe des volleingezahlten Geschäftsanteiles einen Vorschuss ohne Sicherstellung in Anspruch nehmen. Höhere Vorschüsse werden nur gegen Sicherstellung „durch Bürgschaft, durch Bestellung einer Hypothek und durch Verpfändung von Wertpapieren“ gewährt. Jeder Vorschuss kann nur gegen Wechsel oder Schuldschein ausgefolgt werden. Vorschüsse gegen Wechsel werden nur auf drei bis sechs Monate gewährt, wobei die Frist auf ein Jahr prolongiert werden kann. Vorschüsse auf Hypotheken werden „gegen Kündigung auf unbestimmte Zeit“ erteilt.<sup>96</sup> Erst in den Statuten von 1881 erscheint also die Möglichkeit der Sicherstellung durch eine Hypothek. Tatsächlich wurden beim landwirtschaftlichen Vorschussverein in stärkerem Maße Hypothekendarlehen gewährt als bei den Raiffeisenkassen, wo diese Form der Sicherheit – entsprechend den Grundsätzen von Raiffeisen – kaum auftrat. So bestanden 1893 beim Vorschussverein 324.446 Gulden Außenstände in Wechseln und Schuldscheinen und 158.240 Gulden in Hypotheken.<sup>97</sup>

## Verdichtung des Netzes der Kreditinstitute

Seit der Gründung 1868 stieg die Mitgliederzahl des landwirtschaftlichen Vorschussvereins rasant an, was auf einen großen Bedarf an einem landwirtschaftlichen Kreditinstitut schließen lässt. In den 1880er Jahren verlief das Wachstum jedoch wesentlich langsamer. Gründe dafür mögen einerseits die schwache Wirtschaftslage um 1880 und die krisenhafte Situation in der Landwirtschaft mit der hohen Zahl an Zwangsversteigerungen 1881/82 gewesen sein. Andererseits wurde das Netz der Kreditinstitute dichter und somit die Konkurrenz für den landwirtschaftlichen Vorschussverein größer. So wurden im Umland von St. Pölten neue Sparkassen gegründet (Mank 1868, Herzogenburg 1870, Kirchberg 1873, Kilb und Atzenbrugg 1884, Wilhelmsburg 1885), wobei die Sparkasse St. Pölten die weitaus leistungsfähigste Anstalt mit einem großen Einzugsbereich blieb.<sup>98</sup> Parallel zu diesen Sparkassengründungen entstanden in vielen kleineren Marktorten auch Vorschussvereine. Einen regionalen Schwerpunkt von Neugründungen solcher Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch gab es im Raum zwischen Ybbs und St. Pölten, wobei in Pöchlarn (1869), Mank (1869) und Obergrafendorf (1885) Institute entstanden, die sich ausdrücklich als „landwirtschaftlicher und gewerblicher Vorschussverein“ titulierte. Eine dem St. Pöltner landwirtschaftlichen Vorschussverein

---

<sup>95</sup> NÖLA, NÖ Statthaltereie, VerAkten 1875/G4 ad 13286 K 04, Statuten des Landwirtschaftlichen Vorschussvereins in St. Pölten § 12, 14 und 15.

<sup>96</sup> NÖLA, NÖ Statthaltereie, VerAkten 1911/XI/155a-790 ex 1911 K 08, Statuten des Landwirtschaftlichen Vorschussvereines in St. Pölten § 14 und 15.

<sup>97</sup> Schmid, Materialien zur Kenntnis des Personalkredits: Zahlen für 1893: 124 f., 132 f., Zahlen für 1894: 142 f., 150 f.; Zahlen für 1895: 160 f., 168 f. In dieser Statistik scheinen nur die Daten eines einzigen Landwirtschaftlichen Vorschussvereins nach dem System Schulze-Delitzsch in Niederösterreich auf. Sie beziehen sich, ohne dass dies ausdrücklich erwähnt wird, auf den landwirtschaftlichen Vorschussverein in St. Pölten.

<sup>98</sup> Gutkas, Sparkasse St. Pölten, 42, 44, 50 f. Der Zinsfuß der St. Pöltner Sparkasse betrug 1887 für Einlagen 4 Prozent und für Darlehen 5 Prozent. Nach dem niedrigeren Zinsniveau in den 1890er Jahren lag der Zinsfuß nach 1900 bei Einlagen wieder bei 4 Prozent und bei Darlehen bei 4,5 Prozent: Ebd., 56

ähnliche Institution war der „Vorschußverein für den landwirtschaftlichen Bezirk Haag“ mit Sitz in Haag, dessen Statuten 1870 von der niederösterreichischen Statthalterei genehmigt wurden.<sup>99</sup> Dieser Verein dürfte jedoch keinen langen Bestand gehabt haben, sodass der landwirtschaftliche Vorschussverein in St. Pölten – als eine auf Agrarproduzenten abzielende Kreditgenossenschaft nach Schulze-Delitzsch – ein Unikat in Niederösterreich darstellt.

## Das Aufkommen der Raiffeisenkassen

In den 1890er Jahren stagnierte die Mitgliederzahl des landwirtschaftlichen Vorschussvereins bei rund 900 Mitgliedern endgültig. Zu dieser Zeit entstanden vor allem in den Dörfern im Umland von St. Pölten Spar- und Darlehenskassen-Vereine. Im Gerichtsbezirk St. Pölten wurden bis 1900 folgende Raiffeisenkassen gegründet:<sup>100</sup>

Spar- und Darlehenskassen-Verein für...	Gründungsjahr	Mitgliederstand 1913
St. Georgen am Steinfeld und Umgebung	1891	68
Böheimkirchen und Umgebung	1892	171
Gerersdorf und Umgebung	1892	83
Haindorf und Umgebung	1892	60
Kasten und Umgebung	1892	118
Kapelln-Jeutendorf	1892	110
Karlstetten und Umgebung	1894	140
Viehofen	1894	49
Pottenbrunn	1896	50
Ratzersdorf und Umgebung	1896	41
Pfarrgemeinde Hafnerbach	1898	100
Obergrafendorf und Umgebung	1899	79

Bezeichnenderweise wurde in St. Pölten selbst erst im Jahr 1910 ein Spar- und Darlehenskassen-Verein gegründet (1913: 76 Mitglieder). Offenbar konnte der landwirtschaftliche Vorschussverein die Kredit- und Sparbedürfnisse der Bevölkerung weitgehend befriedigen. Zudem stiegen die Mitgliederzahl und auch der Einlagenstand ab 1900 wieder stark an, sodass der Vorschussverein mit großem Abstand die bedeutendste ländlich-agrarische Kreditgenossenschaft in der Region blieb. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs hatte der Verein fast 1.500 Mitglieder.<sup>101</sup>

Dass die Grenzen zu den gewerblichen Kreditinstitutionen und den Raiffeisenkassen nicht zu scharf waren, zeigt die Tatsache, dass in den Krisenjahren nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur der (gewerbliche) Vorschusskassenverein, sondern auch die Spar- und Darlehenskassen-Vereine für St. Pölten und für Viehofen in den landwirtschaftlichen Vorschussverein eingegliedert wurden.<sup>102</sup>

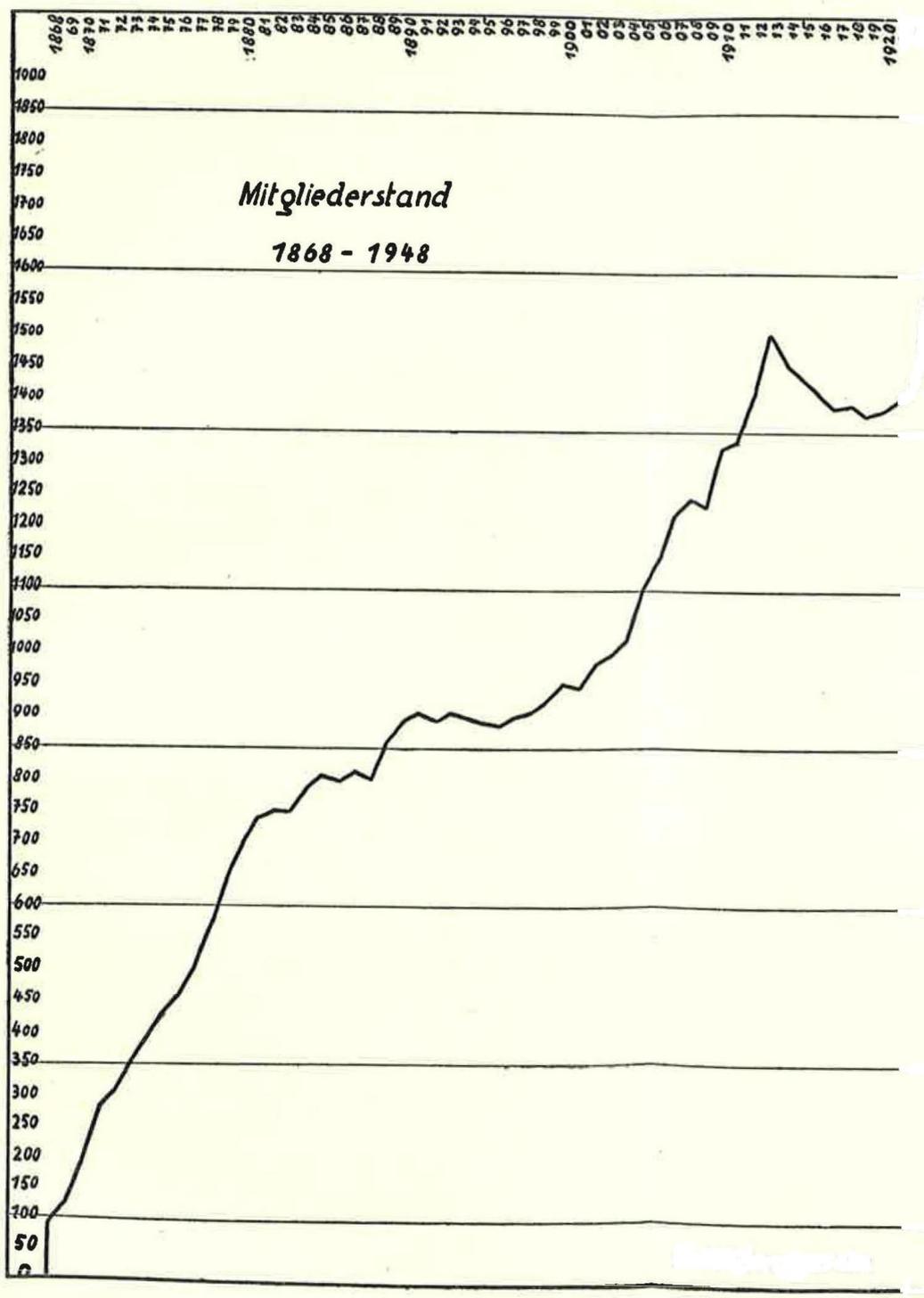
<sup>99</sup> NÖLA, NÖ Statthalterei, VerAkten 1870/G4 ad 6868 K 02 (Vorschussverein für den landwirtschaftlichen Bezirk Haag in Haag).

<sup>100</sup> Gedenkschrift des k.k. landw. Bezirksvereines, 12; vgl. 50 Jahre landwirtschaftliches. Genossenschaftswesen.

<sup>101</sup> Grafik „Mitgliederstand 1868-1948“ in: 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein.

<sup>102</sup> 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein, 17–22.

Abb. 2: Mitgliederzahl des landwirtschaftlichen Vorschussvereines in St. Pölten 1868–1920  
(Quelle: 80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein)



## Resümee

Der Landwirtschaftliche Vorschussverein in St. Pölten, eine auf Agrarproduzenten ausgerichtete Kreditgenossenschaft nach Schulze-Delitzsch, wurde 1868 auf Initiative des landwirtschaftlichen Bezirksvereins gegründet. St. Pölten gehörte zu jenen Landstädten, wo sich relativ früh – in den 1850er und 1860er Jahren – ein differenziertes Kreditwesen entwickelte. Die Entstehung mehrerer auf die Landwirtschaft ausgerichteter Kreditinstitute im westlichen und mittleren Alpenvorland um 1870 – zu dieser Zeit noch durchgehend nach dem Modell der Vorschussvereine nach Schulze-Delitzsch – könnte mit der innovativen, produktiven und marktorientierten Landwirtschaft in diesem Gebiet zusammenhängen. Die verhältnismäßig großen Betriebe hatten eine breite Produktionspalette aufzuweisen: Neben einem bedeutenden Ackerbau lag der Schwerpunkt auf einer breit gefächerten Viehwirtschaft und – im westlichen Alpenvorland – auf der Obstmostproduktion. Aufgrund der Verbindungen zu den „Eisenwurz“ gab es ein traditionell bedeutendes Absatzgebiet für den Produktionsüberschuss und hohe Preise für die angebotenen Früchte. Zudem sorgte Wien als rasch expandierender Absatzmarkt für neue Produktionsanreize (z.B. im Bereich der Milchwirtschaft oder der Schweinezucht). Dies könnte hier zu einer Investitionsbereitschaft geführt haben, die den Kreditbedarf erhöhte und zur frühen Bildung von Vorschussvereinen geführt haben. Da die Getreidepreise im Alpenvorland (im frühen 19. Jahrhundert) relativ hoch waren, könnte aber der Preisverfall in den 1880er und 1890er Jahren – wie im Raum Hürm – die hohe Zahl an Versteigerungen und Notverkäufe (mit) ausgelöst haben.

Der Landwirtschaftliche Vorschussverein in St. Pölten konnte jedenfalls die Kreditbedürfnisse der Bauern offenbar gut befriedigen, überstand er doch die Gründungswelle der Raiffeisenbanken in den Vororten St. Pöltens in den 1890er Jahren, ohne Einbußen bei den Mitgliedern hinnehmen zu müssen. Die Ähnlichkeit mit den gewerblichen Vorschussvereinen und mit den Spar- und Darlehenskassen führte in den Krisenjahren nach dem Ersten Weltkrieg zur Eingliederung des (gewerblichen) Vorschusskassenvereins und zweier Raiffeisenkassen. 1923 erfolgte der Beitritt zur Niederösterreichischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralkasse. Im Jubiläumsband *50 Jahre landwirtschaftliches Genossenschaftswesen in Niederösterreich* aus dem Jahr 1936 findet man den Vorschussverein St. Pölten bereits unter den 586 Raiffeisenbanken, wobei auffällt, dass er zu den mitgliederstärksten Kassen gehörte. Im Jubiläumsband *80 Jahre Landwirtschaftlicher Vorschussverein in St. Pölten 1868–1948* aus dem Jahr 1949 wird zwar die geschichtliche Entwicklung näher behandelt, aber interessanterweise ‚vergessen‘ zu erwähnen, dass der Vorschussverein auf dem Genossenschaftsmodell nach Schulze-Delitzsch basierte. Möglicherweise erinnerte man sich im raiffeisendominierten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ungenügend an die Tatsache, dass lange vor der Gründung der ersten Raiffeisenkasse in (Nieder-)Österreich, bereits ein „landwirtschaftlicher Vorschussverein“ in St. Pölten bestand. Er stellte aber ein Unikum im ländlichen Kreditwesen Niederösterreichs dar.